

werke Riesa, Kirchmöser, Gröditz und Hennigsdorf Walzgut für die Produktion von nahtlosen Rohren, Grobblechen und anderen Walzwerkerzeugnissen. Im Mai dieses Jahres übergab die Sowjetregierung von den in ihrem Besitz befindlichen deutschen Werken 23 Großbetriebe zur Verfügung der Deutschen Demokratischen Republik, nachdem bereits im Januar 1947 74 derartige Betriebe zurückgegeben worden waren.

Auf Initiative des Parteivorstandes hatte die deutsche demokratische Regierung an den Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR, Generalissimus Stalin, das Ersuchen gerichtet, eine Herabsetzung der Reparationslieferungen zu überprüfen. Mit dem Beschluß der Sowjetregierung vom 15. Mai 1950 wurde dieser Bitte entsprochen und in Übereinstimmung mit der Regierung der Polnischen Volksrepublik die restliche Summe der Reparationen um 50 Prozent, das heißt bis auf 3171 Millionen Dollar herabgesetzt. Dieser hochherzige Beschluß der Sowjetregierung fand ein großes dankbares Echo in unserem Volke. Wieder erwies sich die Sowjetregierung unter Führung Stalins als wahrer Freund des deutschen Volkes und als stärkste Stütze in der Festigung unserer friedlichen, demokratischen Ordnung.

Dieser Freundschaftsbeweis war um so wirksamer, als zur gleichen Zeit in Westdeutschland die Hohen Kommissare auf der riesigen Summe von 4 Milliarden Mark für die Besatzungskosten des Jahres 1950 bestanden und das zerstörende Werk der Demontage in Watenstedt-Salzgitter, in Hamburg, Essen und in süddeutschen Aluminiumbetrieben fortsetzten. Während die sowjetischen Traktoren auf den Feldern unserer Bauern, geführt von unseren jungen Aktivisten, für die Erreichung von Friedenshektarerträgen einen entscheidenden Anteil leisten, durchwühlen englisch-amerikanische Panzer die bestellten Felder in Westdeutschland bei der Abhaltung von kriegsmäßigen Manövern.

Die große Begeisterung, mit der Arbeiter und Arbeiterinnen, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler an die Durchführung des Zweijahrplans herangingen, die großzügige Hilfe, die die Deutsche Demokratische Republik durch die Sowjetunion erhielt und die durch die abgeschlossenen Handelsverträge mit den volksdemokratischen Ländern noch erweitert wurde, ermöglichte in den verschiedenen Zweigen der Industrie eine wesentliche

Erhöhung des Produktionsplanes für das Jahr 1950. Das Ziel ist, in diesem Jahr den Produktionsstand des Jahres 1936 zu erreichen und in der Landwirtschaft Friedenshektarerträge einzubringen. Vor dem Parteitag steht die Aufgabe, die Resultate und Erfahrungen aus dem ersten Zweijahrplan der deutschen demokratischen Wirtschaft zu ziehen und die Grundlage für einen neuen Plan, für den ersten Fünfjahrplan der Deutschen Demokratischen Republik, festzulegen. Die Erfolge unseres Planes in allen Zweigen unserer Wirtschaft schufen nicht nur bei den Arbeitern und Arbeiterinnen, auch bei den Bauern, den Handwerkern, den Mittelschichten, der fortschrittlichen Intelligenz, aber insbesondere bei unserer jungen Generation das Gefühl der Sicherheit und Zuversicht in die Zukunft.

Unsere stetig steigenden Produktionserfolge werden zu einem immer stärkeren Magneten für die westdeutsche Wirtschaft. Unter der Peitsche des Marshallplans, der Erhöhung der Arbeitslosigkeit, der Steigerung der Konkurse, der Drosselung der Ausfuhr und der nicht endenden Demontage verbreitet sich tiefer Pessimismus in westdeutschen Wirtschaftskreisen. Es ist kein Zufall, daß aus den Kreisen der westdeutschen Wirtschaft von Industriellen und Kaufleuten entgegen den politischen Bestrebungen der Besatzungsmächte und ihrer deutschen Lakaien der Wunsch nach Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und nach Schaffung von wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Westdeutschland und der Deutschen Demokratischen Republik, der Sowjetunion und den volksdemokratischen Ländern immer lauter und stärker wird. Die Existenz der Deutschen Demokratischen Republik, ihre konsequente Politik in der Festigung einer friedlichen, demokratischen und fortschrittlichen Ordnung, die immer größere Entfaltung des Handelsverkehrs mit den für die deutsche Exportindustrie so wichtigen Märkten des Ostens und Südostens Europas sind so überzeugende Tatsachen, daß die hysterische Hetze der anglo-amerikanischen Kriegstreiber und ihrer deutschen Lakaien immer weniger Wirkung ausübt. Die erfolgreiche Durchführung des ersten Zweijahrplans, die Propagierung des Fünfjahrplans wird den Kampf unseres Volkes um die Erhaltung des Friedens, für seine nationale Einheit noch fester und gründlicher fundamentieren.

Auf dem Wege zur Partei neuen Typus

Aus der Niederlage des deutschen Proletariats im Kampf gegen den Faschismus zogen sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter die Lehre, endlich die Spaltung zu überwinden und eine einheitliche revolutionäre Arbeiterpartei zu schaffen. Mit der Vereinigung der beiden Arbeiterparteien zur Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 21. und 22. April 1946 in Berlin begann eine neue Epoche in der sozialistischen Arbeiterbewegung Deutschlands. Die Vereinigung bewirkte einen gewaltigen Aufschwung der nunmehr geeinten Partei. Sie konnte in kurzer Frist die Zahl ihrer Mitglieder von 1,2 Millionen auf 1,8 Millionen erhöhen. Zur Partei stießen Zehntausende Arbeiter und Arbeiterinnen, Angestellte und Angehörige der Intelligenz, die vor 1933 keiner politischen Organisation angehörten. Vor der Partei stand die Aufgabe, ehemalige Sozialdemokraten, Kommunisten und früher politisch Unorganisierte auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus zu geschulten, aktiven Parteiarbeitern zu erziehen. Zu diesem Zweck schuf die Partei ein breites Netz von Parteischulen. Die Auflagen der Werke der Klassiker des Marxismus-Leninismus erschienen in einer in Deutschland nie gekannten Höhe, ohne daß damit schon die Nachfrage gedeckt werden konnte.

Der Aufbau eines neuen, demokratischen Staatsapparates, die Übergabe von Tausenden von Betrieben in die Hände des Volkes und die Schaffung von Massenorganisationen stellten der Partei die Aufgabe, eine immer wachsende Zahl von beruflich und politisch außerordentlich qualifizierten Kräften zu schulen. Der Parteivorstand hat in der Periode vom II. zum III. Parteitag eine Anzahl sehr ernster Maßnahmen zur Hebung des ideologischen Niveaus und zur organisatorischen und politischen Festigung der Partei durchgeführt. Nachdem der II. Parteitag den Beweis erbracht hatte, daß die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien einen großen politischen Sieg der Arbeiterklasse darstellte und der Verschmelzungsprozeß innerhalb der Partei erfolgreiche Fortschritte machte, galt es nun die Partei zu befähigen, ihre Rolle als höchste Klassenorganisation des Proletariats zu erfüllen. Dazu war in allererster Linie notwendig, vollstän-

dige Klarheit über die Rolle und den Charakter der Partei nach den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus zu schaffen. Die in der Partei auftretenden opportunistischen und sektiererischen Anschauungen kamen insbesondere in der Verkennung der führenden Rolle der Partei als Stoßtrupp der Arbeiterklasse zum Ausdruck. Die im Oktober 1948 aus der Partei ausgestoßenen Renegaten Gniffke, Thape und Schreiber hatten versucht, die Verwandlung der Klassenpartei des Proletariats in eine Partei nach der Art der englischen Arbeiterpartei zu propagieren. Mit besonderer Entschiedenheit mußte die Partei alte sektiererische Anschauungen jener bekämpfen, die nicht verstanden, daß die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nicht mehr die Rolle einer „Oppositionspartei“, sondern die Rolle der führenden Kraft in einem Staate ausübt, dessen Grundlage eine antifaschistisch-demokratische Ordnung ist. Dazu war ein hartnäckiger, geduldiger Erziehungsprozeß notwendig.

Im Zusammenhang mit dem Verrat Titos in Jugoslawien forderte der Parteivorstand alle Mitglieder auf, sich kompromißlos auf den Boden des Marxismus-Leninismus zu stellen, Kritik und Selbstkritik ohne Ansehen der Person zu entfalten und alle Feinde der Arbeiterklasse, insbesondere die Agenten des Schumacherschen SPD-Parteivorstandes, rücksichtslos zu bekämpfen.

Eine entscheidende Hilfe für die Hebung des ideologischen Niveaus unserer Partei gab die 13. Tagung des Parteivorstandes im September 1948 mit dem Beschluß über „Die Novemberrevolution und ihre Lehren für die deutsche Arbeiterbewegung“ auf der Grundlage eines Referats des Genossen Grotewohl.

In derselben Sitzung des Parteivorstandes wurde nach dem Referat über „Die theoretische und praktische Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED“ der Beschluß über die Bildung einer Zentralen Parteikontrollkommission beim Parteivorstand und von Parteikontrollkommissionen in den Ländern und Kreisen angenommen. Gleichzeitig beschloß der Parteivorstand, das umfassende Studium der Geschichte der KPdSU(B) für alle Mitglieder und Funktionäre als Parteipflicht einzuführen.

Die Konstituierung der Parteikontrollkommissionen hatte für die weitere Entwicklung unserer Partei zu einer Partei neuen

Typus große Bedeutung. Die Partei lernte nicht nur, die Arbeit aller Mitglieder und Leitungen aufmerksam und kritisch zu überprüfen, sondern auch die Tätigkeit der Verwaltungsorgane mit den Augen des unversöhnlichen Klassenkämpfers zu betrachten. Durch die Initiative der Partei war es möglich, ehrliche, fortschrittliche Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung im Kampf gegen die Agenten des Ostbüros des SPD-Parteivorstandes, gegen offene Saboteure unseres friedlichen Aufbauwerks, organisiert und bezahlt von Imperialisten, zu mobilisieren.

Die immer wiederkehrenden Versuche des Klassenfeindes, Sabotageakte durchzuführen, wobei er sich parteifeindlicher Elemente, trotzkistischer und titoistischer Kreaturen bediente, riefen die Empörung der Bevölkerung hervor, die den Organen des Staates und der Partei bei der Entlarvung dieser volksfeindlichen Elemente half. In diesem Zusammenhang erkannte die Partei, daß die Stärkung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung die klassenfeindlichen Elemente veranlaßt, mit noch verbrecherischeren Mitteln gegen das Volk vorzugehen, und daß deshalb der Kampf gegen sie verschärft werden muß.

Je mehr die Partei es verstand, die systematische Durcharbeitung der heroischen Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki) zu organisieren, um so mehr wurde dieses Studium zum entscheidenden Hebel für die Parteischulungsarbeit und für die Verbesserung ihrer Arbeitsmethoden.

Eine Wende in der Entwicklung zur Partei neuen Typus stellte unsere Parteikonferenz vom 25. bis 28. Januar 1949 dar. Die Entschliebung der I. Parteikonferenz charakterisierte die Kennzeichen einer Partei neuen Typus und erklärte:

„Die Partei kann ihre führende Rolle als Vorhut des Proletariats nur erfüllen, wenn sie die marxistisch-leninistische Theorie beherrscht, die ihr die Einsicht in die gesellschaftlichen Entwicklungsgesetze vermittelt. Daher ist die erste Aufgabe zur Entwicklung der SED zu einer Partei neuen Typus die ideologisch-politische Erziehung der Parteimitglieder und besonders der Funktionäre im Geiste des Marxismus-Leninismus.“

Das Verhältnis der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Sowjetunion und zur Partei der Bolschewiki brachte die genannte Entschliebung in folgender Weise zum Ausdruck:

„Sie (das heißt die SED. *Die Red.*) erkennt die führende Rolle der Sowjetunion und der KPdSU(B) im Kampfe gegen den Imperialismus an und erklärt es zur Pflicht jedes Werktätigen, die sozialistische Sowjetunion mit allen Kräften zu unterstützen.“

Die Voraussetzung für diese Beschlüsse war die vorangegangene tiefgreifende Auseinandersetzung in der Partei, die den ideologischen Unterschied zwischen den Kommunisten und den ehemaligen Sozialdemokraten zusehends aufhob. In der Partei waren zahlreiche neue Kräfte herangewachsen, die keiner der beiden alten Parteien angehört hatten. Die Parteikonferenz zog die Konsequenz aus dieser Entwicklung und hob die paritätische Besetzung der führenden Posten auf. Die im Herbst 1949 durchgeführten Parteiwahlen zeigten sichtbare Erfolge in der Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus. Neue, junge, entwicklungsfähige Kräfte waren herangewachsen, die mit großem Elan und Arbeitseifer an die Arbeit herangingen. Zum erstenmal wurden bei diesen Parteiwahlen Kritik und Selbstkritik angewandt.

Eine weitere Konsequenz der I. Parteikonferenz war der Beschluß des Politbüros vom 22. Februar 1949 über die Einführung einer Kandidatenfrist. Seit dem 1. März 1949 müssen sich Arbeiter, die der SED beitreten wollen, mindestens ein Jahr, alle anderen Schichten zwei Jahre als Kandidaten bewähren. Die Partei erhielt damit die Möglichkeit, den Zustrom zur Partei zu regulieren, den Anteil der Industriearbeiter zu verstärken, den Prozentsatz der Frauen zu erhöhen und durch die Aufnahme von vielen jungen Menschen aus der Arbeiter- und Bauernklasse die altersmäßige Zusammensetzung der Partei einer Korrektur zu unterziehen. Die seit der Einführung der Kandidatenfrist erreichten Resultate in der Gewinnung von Jugendlichen, aktiven Betriebsarbeiterinnen und den besten Elementen aus der Intelligenz bestätigten die Richtigkeit des Beschlusses. Allerdings hat die Partei es noch nicht verstanden, unter den werktätigen Bauern eine gut organisierte Werbung durchzuführen, so daß der Anteil dieser Werktätigen unter den Kandidaten noch ungenügend ist.

Ernste Aufmerksamkeit widmete der Parteivorstand der Arbeit in den Massenorganisationen. Unsere Parteiorganisationen in den Betrieben waren häufig dazu übergegangen, die Arbeit der

Massenorganisationen, insbesondere aber der Gewerkschaften, selbst zu übernehmen, statt sie anzuleiten. Die Parteileitungen verfielen in einen gewissen Praktizismus, der sie häufig dazu verführte, Funktionen der Betriebsleitungen auszuüben. Auf diese Weise erstickten die Parteifunktionäre in der täglichen Kleinarbeit, verloren die Übersicht und waren nicht mehr führend. Die Folge war ein merkbares Mißverhältnis zwischen den Resultaten in der Erfüllung der Wirtschaftsaufgaben und der ideologischen Reife der Betriebsbelegschaften. In den Gewerkschaftsversammlungen zeigte sich die Tendenz, den grundlegenden Problemen des Kampfes um den Frieden, der Festigung unserer demokratischen Ordnung auszuweichen und sich nur mit den „praktischen Fragen“ zu beschäftigen. Bei der Überwindung des Praktizismus unserer Parteiorganisationen in den Betrieben und des Nurgewerkschaftertums halfen uns die neuveröffentlichten, vom Genossen Stalin 1925 präzisierten zwölf Grundbedingungen zur Entwicklung einer Partei neuen Typus.

Mit dem Beschluß „Über die Verbesserung der Parteipropaganda“ auf der Tagung des Parteivorstandes vom 2. und 3. Juni 1950 wurde die Voraussetzung für die Durchführung eines einheitlichen Lehrjahres der Parteischulung ab Herbst 1950 geschaffen. Mit diesem einheitlichen Lehrjahr setzt die Partei sich das Ziel, allen Mitgliedern, allen Funktionären die Möglichkeit zu geben, nach einem einheitlichen Lehrplan den Marxismus-Leninismus zu studieren.

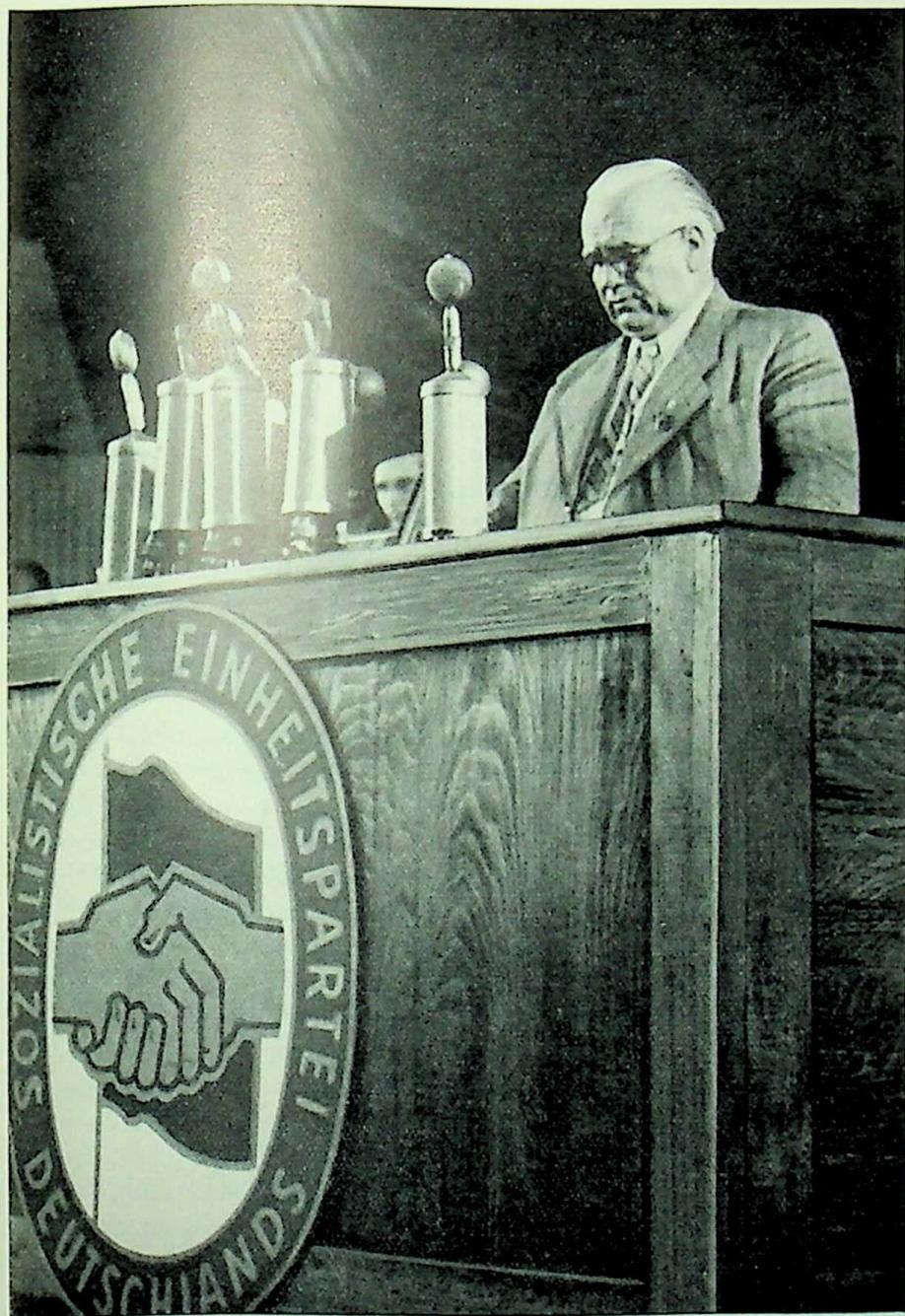
Zur Vorbereitung des III. Parteitages unterbreitete das Politbüro mit seinem Beschluß vom 12. Mai 1950 der gesamten Mitgliedschaft den Entwurf einer EntschlieÙung über „Die gegenwärtige Lage und die Aufgaben der SED“ und den Entwurf eines Statuts der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Alle Grundeinheiten, alle Kreis- und Landesorganisationen haben in einem eingehenden Studium diesen EntschlieÙungsentwurf durchgearbeitet, zur Grundlage der Einschätzung der eigenen Arbeit gemacht und hiervon ausgehend konkrete Arbeitspläne für die nächste Etappe des Kampfes um den Frieden und für die Festigung unserer antifaschistisch-demokratischen Ordnung als der entscheidenden Voraussetzung für die Einheit Deutschlands und die Vorbereitung der Wahlen zum 15. Oktober aufgestellt.

Die Vorbereitung des III. Parteitages wurde zu einer Angelegenheit breitester Schichten unseres Volkes. Hunderte Betriebe wetteiferten, um am Tage des Beginns unseres Parteitages die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans zu melden. Tausende parteiloser Werktätiger wandten sich mit Vorschlägen, Anregungen und berechtigter Kritik an die Delegiertenkonferenzen unserer Kreise und Länder. Das Politbüro der SED hat in seinem Aufruf vom 20. Juni 1950 alle Werktätigen aufgefordert, in aller Offenheit den Parteileitungen und dem Parteivorstand ihre Kritik, ihre Wünsche und Vorschläge zu unterbreiten. Der III. Parteitag, so schloß dieser Aufruf, wird auf die Fragen der Bevölkerung klare und helfende Antwort geben.

Die Wahlen der Delegierten zum III. Parteitag der SED von den untersten Einheiten über die Kreise und Länder zeigten ein Wachstum des ideologischen Niveaus der Partei und ihrer organisatorischen Festigung.

Die Kreis- und Landeskonferenzen der SED zur Vorbereitung des III. Parteitages deckten eine Reihe von Fehlern und Schwächen auf, deren Abstellung dringendes Gebot ist, wenn die Partei den Kampf um die Erhaltung des Friedens, gegen die Aggression des amerikanischen Imperialismus, für die Einheit unserer Nation, für die Festigung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Aufbaus der Friedenswirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik mit Erfolg bestehen will. Es ist die Aufgabe des III. Parteitages der SED, durch seine Beschlüsse die Voraussetzung zu schaffen für die weitere Verstärkung der Friedenskräfte im deutschen Volke, für die Festigung der Freundschaft mit der Sowjetunion, den volksdemokratischen Ländern und allen friedliebenden Menschen in der Welt. Der III. Parteitag der SED muß auf Grund der bisherigen Erfahrungen des Kampfes um die Einheit der Nation den Weg weisen und für die schnelle Entwicklung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zu einer Partei neuen Typus, als der entscheidenden Voraussetzung für die Lösung aller Aufgaben, klare Entscheidungen treffen.

*„Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie!“,
Bukarest, 21. Juli 1950.*



Wilhelm Pieck hält das Schlußwort auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin, 20. bis 24. Juli 1950



Ehren wir Bach, indem wir seinem Werk den Frieden erhalten

Rede auf der Nationalfeier in Leipzig anlässlich der 200. Wiederkehr des Todestages von Johann Sebastian Bach am 28. Juli 1950

Der heutige Tag ist ein großer Festtag für das deutsche Volk und die ganze Welt. Es ist der Tag, an dem wir eines der größten musikalischen Genies der Geschichte ehren: Johann Sebastian Bach.

Er verkörpert das Beste und Edelste unseres Volkes. Rührung und Bewunderung erfaßt uns, wenn wir bedenken, aus wie engen, kleinlichen Verhältnissen eines durch die Barbarei des Dreißigjährigen Krieges verelendeten und uneinigen Deutschlands sich dieses wunderbare Genie erhoben hat.

Johann Sebastian Bach lebte in einer Zeit der schlimmsten nationalen Zerrissenheit und des tiefsten kulturellen Verfalls unseres deutschen Volkes. Der Dreißigjährige Krieg hatte weite Gebiete Deutschlands in Wüsten verwandelt, hatte die deutsche Bevölkerung um wenigstens ein Drittel verringert, hatte die Menschen in Deutschland in hohem Maße demoralisiert. Dieser unselige Krieg besiegelte die politische Ohnmacht Deutschlands und verhinderte das Entstehen eines bürgerlichen Nationalstaates aus der eigenen Kraft des Volkes. Verwüstete Äcker, zerstörte Dörfer und Städte, verwahrloste und halb vertierte Menschen — dieses Bild boten große Teile Deutschlands nach dem Westfälischen Frieden.

Sieger waren die größeren und kleineren Fürsten, die das Land unter sich aufteilten und ein mehr oder weniger despotisches Regime in ihren Duodezländchen errichteten. Die Bauern, die den weitaus größten Teil der Bevölkerung ausmachten, lebten unter der Knute der Fron- und Feudalherrschaft dumpf und hoffnungslos dahin, durch die Bauernkriege und den Dreißigjährigen Krieg aufs äußerste dezimiert. Fürstliche Werber durchzogen die Lande und kauften Soldaten. Der preußische König brauchte sie

zur Aufstellung seines Heeres, viele kleinere deutsche Fürsten verschachtelten ihre Landeskinder an fremde Mächte. Es waren die ersten deutschen Fremdenlegionäre, die fern der Heimat für ausländische Interessen verbluteten, weil sie von den damaligen Herren ihres Landes verraten und verkauft worden waren.

Lediglich in einigen Handelszentren entwickelte sich ein neues und fortschrittliches Leben. In diesen, gegenüber der Willkürherrschaft kleiner Fürsten selbständigeren Städten entwickelte sich ein Bürgertum, das durch den Handel mit fremden und fernem Ländern einen weiteren Blick bekam und sich über die Misere der deutschen Kleinstaaterei zu erheben vermochte. Hamburg, Bremen, Lübeck, Leipzig — das waren solche Städte, in denen sich zuerst in Deutschland der bürgerliche Geist regte.

In diese Zeit hinein wurde Bach geboren. Kein Wunder, daß die Menschen seiner Tage die wahre Größe dieses Komponisten nicht begriffen, nicht begreifen konnten. Sie alle waren in der Enge ihrer kleinstädtischen, kleinstaatlichen und spießbürgerlichen Vorstellungen befangen. Nur wenige Menschen in Deutschland vermochten sich damals über die Enge und Beschränktheit ihrer Umgebung zu erheben. Zu ihnen gehörte in erster Linie der große Philosoph Gottfried Wilhelm Leibniz, der eigentliche Gründer und erste Präsident der Akademie der Wissenschaften zu Berlin, deren 250jähriges Bestehen wir vor wenigen Tagen feierlich begehen konnten. Zu ihnen gehörte der Philosoph Christian Wolff, den der preußische König wegen seiner antischolastischen Auffassungen von der Universität Halle verjagte. Zu ihnen gehörte der Leipziger Jurist Thomasius, der sich gegen die Hexenprozesse und das angeblich göttliche Recht der Fürsten wandte. Zu ihnen gehörte der Historiker Samuel Pufendorf, einer der ersten Vorkämpfer des Natur- und Völkerrechts. Zu diesen Männern muß man auch den Dichter Friedrich Logau rechnen, der vor allem in seinen Sprüchen gegen die Feudalherrschaft auftrat. Und zu ihnen gehörte auf dem Gebiete der Musik Johann Sebastian Bach, der als erster in meisterhaft vollendeter Weise die Musik von den Fesseln mittelalterlicher Scholastik befreite und ihr damit den Weg zu jener klassischen Entwicklung öffnete, die für uns alle mit den Namen Haydn, Mozart und Beethoven verbunden ist.

Es sind nur wenige Namen, die wir aus jener Zeit für das deutsche Volk nennen können, ein Zeichen des tiefen geistigen Verfalls, in dem sich damals das deutsche Volk befand. Sie alle sind Bahnbrecher jener großen Periode der Aufklärung, die das bürgerliche Zeitalter in der menschlichen Geschichte einleitete. Diese Männer sind Vollender einer alten Zeit, stehen aber schon an der Schwelle einer neuen Entwicklung. Es wäre höchst verderblich und falsch, das Lebenswerk dieser großen Männer nur als höchsten Ausdruck der Feudalzeit zu betrachten, ohne zugleich im Schaffen dieser Philosophen, Gelehrten, Dichter und Komponisten auch das Neue zu erkennen, das Neue, das vorwärts drängt und in eine schönere Zukunft weist.

Es dauerte sehr lange, bis Bach für die deutsche Öffentlichkeit zu einem festen Begriff wurde. Fast 80 Jahre vergingen nach seinem Tode, bis im Jahre 1829 sein größtes Werk, die Matthäuspassion, durch Felix Mendelssohn-Bartholdy zum ersten Male wiederaufgeführt wurde. Es war kein Zufall, daß Bachs Musik besonders das fortschrittliche Bürgertum der vormärzlichen Zeit ansprach, wenn diese Bürger auch die große nationale Bedeutung Bachs niemals voll erkannt haben. Die sogenannte Bachpflege aber, die dann folgte, ist zu einer immer stärker werdenden Verfälschung und Entstellung Bachs geworden. Für das Bürgertum blieb Bach der große Barockkomponist, der Vollender feudaler, höfischer Kunst, der höchste Ausdruck mittelalterlicher Kirchenmusik. Für das liberale Bürgertum war Bach in erster Linie der Kirchenkomponist, dessen Werke angeblich allein für kirchliche Zwecke geschrieben waren. Man übersah bewußt, daß er die überkommenen Kirchenformen und Inhalte mit einer neuen Humanität erfüllte; daß er in seinen großen Werken den kirchlichen Rahmen sprengte und zu einem neuen Kunststil kam, der mit den kirchlichen Zwecken und der kirchlichen Praxis nicht mehr vereinbar war.

Bis 1945 betrachtete das offizielle Deutschland das Werk Bachs als eine formalistische Spielerei, als ein aus Vernunft entstandenes Rechenexempel oder als eine interessante historische Erinnerung. Erst die demokratische Entwicklung in unserer Republik erschloß dem Volke den Zugang zu den Schätzen unseres großen nationalen Kulturerbes.

Heute ist es für uns der Bachsche Humanismus, den wir ehrfurchtsvoll bewundern. In seinen Werken leidet, triumphiert und singt nicht nur der zeitgebundene religiöse Mensch.

Bachs Humanismus zeigt durchaus konkrete Züge: Die Besinnlichkeit und Beschaulichkeit des Handwerkers, die Derbheit des Bauern, seine Standhaftigkeit im Leiden und den Mut, es zu überwinden. Er schuf seine Werke in einem politisch und ökonomisch rückständigen Lande mit einer versklavten Bauernschaft, einem in Zunftformen erstarrten Handwerkertum, einem selbstgefälligen Spießbürger- und Patriziertum. Sie alle duckten sich unter der Willkürherrschaft der deutschen Fürsten und dem Parasitentum des Hofadels und der Junker.

Aus dieser deutschen Misere erhob sich der geniale Humanismus Johann Sebastian Bachs. Ihn wieder verständlich zu machen, Bach neu zu erklären, vor dieser Aufgabe stehen wir heute. Dabei hilft uns sein großer Realismus, seine kräftige Gestaltungsweise und die unerhörte Fülle und der Reichtum seiner Werke.

Es ist kein Zufall, daß die Feiern zum 200. Todestage von Johann Sebastian Bach in der Deutschen Demokratischen Republik den Charakter einer Nationalfeier haben. Das hängt nicht nur mit der mehr oder weniger zufälligen Tatsache zusammen, daß Bachs Geburtsstadt Eisenach und seine Todesstadt Leipzig im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik liegen. Selbst wenn diese Städte in Westdeutschland liegen würden, könnte dort niemals eine nationale Bach-Feier zustande kommen.

Den Westen Deutschlands überschwemmt eine amerikanische Kulturbarbarei, die das eigene nationale kulturelle Leben auf das gefährlichste bedroht. Schriftsteller und Verleger werden brotlos. Erst vor wenigen Wochen verkaufte ein westdeutscher Verlag Gedichtbände tonnenweise als Altpapier. Maler und Bildhauer sind ohne Aufträge und hungern bei kärglichen Sozialrenten.

Erotische Magazine, Räuber- und Detektivromane, Filme, in denen Mörder, Geisteskranke und Gangster als Helden erscheinen, sind die „Segnungen“ der amerikanischen Herrschaft. Und wenn die Komponisten Westdeutschlands nicht Boogie-Woogie-Rhythmen oder neofaschistische zackige Märsche komponieren, müssen auch sie im Elend vegetieren. Alles was an der deutschen

Kultur edel und wahr, fortschrittlich und groß ist, wird besudelt und verhöhnt. So vollzieht sich in Westdeutschland ein für uns Deutsche höchst schmerzlicher Verfall der Kultur.

Die Beherrscher Westdeutschlands, die amerikanischen Trustdirektoren und Wallstreetbankiers, können keine selbständige deutsche nationale Kultur gebrauchen; denn jede nationale Kultur ist unvereinbar mit nationaler Unterdrückung. Es ist daher eine schlimme Verhöhnung Bachs, wenn der Unternehmer einer westdeutschen Bach-Veranstaltung erklärt, man könne keine gesamtdeutsche Bach-Feier veranstalten, da man in Westdeutschland Bach aus den besonderen westdeutschen Verhältnissen heraus feiere. Wir können in unserer Republik ein Bach-Fest durchführen und das große Werk von Bach in seiner wahren historischen Bedeutung würdigen, weil bei uns all die Kräfte nicht mehr wirksam sind, die bisher das wahre Bild Bachs verfälscht haben.

Die große nationale Bedeutung Bachs besteht darin, daß er nicht nur der große Vollender der Kunst der Feudalzeit war, sondern zugleich der Schöpfer einer neuen Entwicklung der Musik. Mit Bach beginnt das große Zeitalter der klassischen deutschen Musik. Ohne Bachs Werk ist die große Entwicklung der deutschen Musik nicht denkbar.

Die umwälzende Tat Bachs bestand darin, daß er die Musik aus den Fesseln der mittelalterlichen Scholastik löste und alte Bindungen zerbrach. Unter der Fahne des Humanismus sammelten sich im ausgehenden Mittelalter die fortschrittlichen bürgerlichen Kräfte zum Kampf gegen Aberglauben, Scholastik und andere feudale Schranken des Denkens. Auf dem Gebiete der Musik ist es Bach, der als erster der Musik den tiefen menschlichen Gehalt gibt, der sie mit dem ganzen Volke verbindet. Deswegen spielen Volksmusik, Volkslied und Volkstanz in Bachs Werk eine so große Rolle. Für Bach steht das menschliche Empfinden, das menschliche Gefühl immer im Mittelpunkt seines Schaffens, ob er einen Choral oder ein weltliches Lied schreibt. Dieser humanistische fortschrittliche Inhalt des Bachschen Werkes wurde bisher bewußt verschwiegen oder unterdrückt. Unsere Aufgabe ist es, diesen humanistischen Bach dem ganzen deutschen Volke zu erschließen.

Bach war in seinem ganzen Werk ein Herold des Friedens. Aus seinen Werken spricht die tiefe Sehnsucht der Menschen, die einen fürchterlichen Krieg überlebt haben und keine Wiederholung des entsetzlichen Geschehens wollen. In seinen Werken ertönt der Schrei der gequälten Menschen, die sich nach Frieden und Glück sehnen. Bachs Werk ist im schönsten und wahrsten Sinne ein Werk des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern.

Er sollte uns auch in dieser Beziehung ein Vorbild als Deutscher sein. Seine Objektivität, seine Aufgeschlossenheit und sein Respekt vor der Kultur anderer Völker sind bewundernswert. Man rühmt ihm nach, daß er sich für die italienische, französische und englische Musik außerordentlich interessiert hat. Er hat viele Kompositionen der Meister aus diesen Ländern eigenhändig kopiert, um sie aufführen zu können. Er hat sogar im italienischen, französischen und englischen Stil geschrieben. Es zeigt die Genialität Bachs, daß, wenn er sich Vorbilder nahm, seine Originalität sich noch leuchtender abhob. Diese Aufgeschlossenheit und Objektivität Bachs gegenüber den Kulturen anderer Völker ist um so bewundernswerter, wenn man bedenkt, daß Bach in kleinen, engen Verhältnissen lebte und daß es ihn sehr viel Fleiß und sehr viele Anstrengungen kostete, um die Verbindung mit der Musik anderer Völker herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Das war eine wahrhaft klassische deutsche Haltung, vorbildlich für uns und sehr unterschiedlich von dem nationalistischen Höchmut, mit dem sich manche deutsche Künstler und Kunstkreise eilfertig und borniert ohne weiteres über die Kultur anderer Völker erhaben fühlen.

In der Sowjetunion und in den Volksdemokratien ist Bachs Werk ein untrennbarer Bestandteil des kulturellen Lebens. In diesen Ländern wird nicht zwischen kirchlichen und weltlichen Werken getrennt. In den Konzertsälen von Moskau, Leningrad und anderen Städten der Sowjetunion werden die Matthäuspassion ebenso wie die Brandenburgischen Konzerte aufgeführt. Für die werktätigen Menschen in der Sowjetunion und den Volksdemokratien ist die Bachsche Musik ein Ausdruck tiefsten menschlichen Erlebens. Es zeugt von der hohen humanistischen

Gesinnung der Sowjetvölker, wenn in einer Zeit, in der faschistische Barbaren das Andenken an große russische Komponisten wie Tschaikowski, Glinka usw. auszulöschen versuchten, in den Konzertsälen und im Rundfunk der Sowjetunion die Werke Bachs gespielt wurden. Es ist uns deshalb eine besondere Ehre, daß eine große sowjetische Delegation dieses Fest gemeinsam mit uns begeht. Wir betrachten dies als ein neuerliches Zeichen der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen den sowjetischen Völkern und unserem Volke.

Wir haben noch vieles zu überwinden und noch viele Schlacken müssen weggeräumt werden, bevor das Werk Johann Sebastian Bachs 200 Jahre nach seinem Tode zum unbestrittenen Eigentum des ganzen werktätigen Volkes in Deutschland werden kann.

Sorgen wir vor allem, daß Bachsche Musik in schöneren und größeren Sälen vor den Werktätigen unseres Vaterlandes erklingen kann, denen wir Bachs Werke ebenso erschließen wollen wie die aller großen deutschen und ausländischen Komponisten. Ehren wir Bach, indem wir seinem friedlichen Werk den Frieden erhalten!

„Neues Deutschland“, Berlin,
29. Juli 1950.

Bach war in seinem ganzen Werk ein Herold des Friedens. Aus seinen Werken spricht die tiefe Sehnsucht der Menschen, die einen fürchterlichen Krieg überlebt haben und keine Wiederholung des entsetzlichen Geschehens wollen. In seinen Werken ertönt der Schrei der gequälten Menschen, die sich nach Frieden und Glück sehnen. Bachs Werk ist im schönsten und wahrsten Sinne ein Werk des Friedens und der Freundschaft zwischen den Völkern.

Er sollte uns auch in dieser Beziehung ein Vorbild als Deutscher sein. Seine Objektivität, seine Aufgeschlossenheit und sein Respekt vor der Kultur anderer Völker sind bewundernswert. Man rühmt ihm nach, daß er sich für die italienische, französische und englische Musik außerordentlich interessiert hat. Er hat viele Kompositionen der Meister aus diesen Ländern eigenhändig kopiert, um sie aufführen zu können. Er hat sogar im italienischen, französischen und englischen Stil geschrieben. Es zeigt die Genialität Bachs, daß, wenn er sich Vorbilder nahm, seine Originalität sich noch leuchtender abhob. Diese Aufgeschlossenheit und Objektivität Bachs gegenüber den Kulturen anderer Völker ist um so bewundernswerter, wenn man bedenkt, daß Bach in kleinen, engen Verhältnissen lebte und daß es ihn sehr viel Fleiß und sehr viele Anstrengungen kostete, um die Verbindung mit der Musik anderer Völker herzustellen und aufrechtzuerhalten.

Das war eine wahrhaft klassische deutsche Haltung, vorbildlich für uns und sehr unterschiedlich von dem nationalistischen Höchmut, mit dem sich manche deutsche Künstler und Kunstkreise eilfertig und borniert ohne weiteres über die Kultur anderer Völker erhaben fühlen.

In der Sowjetunion und in den Volksdemokratien ist Bachs Werk ein untrennbarer Bestandteil des kulturellen Lebens. In diesen Ländern wird nicht zwischen kirchlichen und weltlichen Werken getrennt. In den Konzertsälen von Moskau, Leningrad und anderen Städten der Sowjetunion werden die Matthäuspassion ebenso wie die Brandenburgischen Konzerte aufgeführt. Für die werktätigen Menschen in der Sowjetunion und den Volksdemokratien ist die Bachsche Musik ein Ausdruck tiefsten menschlichen Erlebens. Es zeugt von der hohen humanistischen

Gesinnung der Sowjetvölker, wenn in einer Zeit, in der faschistische Barbaren das Andenken an große russische Komponisten wie Tschaikowski, Glinka usw. auszulöschen versuchten, in den Konzertsälen und im Rundfunk der Sowjetunion die Werke Bachs gespielt wurden. Es ist uns deshalb eine besondere Ehre, daß eine große sowjetische Delegation dieses Fest gemeinsam mit uns begehrt. Wir betrachten dies als ein neuerliches Zeichen der unverbrüchlichen Freundschaft zwischen den sowjetischen Völkern und unserem Volke.

Wir haben noch vieles zu überwinden und noch viele Schlacken müssen weggeräumt werden, bevor das Werk Johann Sebastian Bachs 200 Jahre nach seinem Tode zum unbestrittenen Eigentum des ganzen werktätigen Volkes in Deutschland werden kann.

Sorgen wir vor allem, daß Bachsche Musik in schöneren und größeren Sälen vor den Werktätigen unseres Vaterlandes erklingen kann, denen wir Bachs Werke ebenso erschließen wollen wie die aller großen deutschen und ausländischen Komponisten. Ehren wir Bach, indem wir seinem friedlichen Werk den Frieden erhalten!

„Neues Deutschland“, Berlin,
29. Juli 1950.

Stahl ist Brot, und mehr Stahl gibt mehr Brot

Rede im Stahlwerk Brandenburg am 17. August 1950

Genossinnen und Genossen! Kolleginnen und Kollegen!

Liebe junge Freunde!

Ich danke euch herzlich für die Begrüßung, die ihr mir als Vorsitzenden der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zuteil werden ließt. Ich bin im Auftrage des Zentralkomitees unserer Partei hierhergekommen, um euch Stahlwerkern und Bauarbeitern und der Jugend, insbesondere den Aktivisten, den Dank unserer Partei, den Dank unseres ganzen Volkes für eure bisher so beispielhafte Arbeit beim Aufbau des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg zu überbringen.

Als eure Delegation am 20. Juli auf dem III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erschien und Genosse Schneckmann in eurem Namen die Meldung überbrachte, daß es durch euren großen Arbeitsenthusiasmus möglich war, den ersten Ofen statt am 1. August 1950 bereits am 20. Juli fertigzustellen, damit Stahl fließen konnte, erfüllte alle Delegierten, alle Gäste, und ich kann euch sagen, insbesondere die Vertreter unserer ausländischen Bruderparteien eine große stolze Freude. Zum erstenmal in der Geschichte unseres Volkes wird Stahl produziert, der ausschließlich dem friedlichen Aufbau unseres Volkes dienen soll. Zum erstenmal bestimmen die Produzenten des Stahls, die Stahlwerker, durch ihre Partei, durch ihre Gewerkschaften, was mit diesem Stahl geschieht. Ihr wißt es selbst, daß eure Stahlproduktion dazu dient, Eisenbahnwaggons, Maschinen, Schiffe für den Handelsverkehr und den Fischfang und so dringend notwendige Gebrauchsgüter für Bauern und Städter zu schaffen. Mit Recht wurde von euch das Wort geprägt: Stahl ist Brot, und mehr Stahl gibt mehr Brot.

Ihr alle, Arbeiterinnen und Arbeiter des Baus, ihr Stahlwerker, Techniker und Ingenieure, habt Leistungen vollbracht, mit denen ihr euch selbst übertraft. Der Bau geht trotz ungenügender tech-

nischer Hilfsmittel in einem Tempo vor sich, wie es in Deutschland bisher unbekannt war.

Die Hüttenmänner sind eigene, neue Wege gegangen in der Anordnung der Anlage zur Erzeugung von Stahl. Bisher glaubte man in Deutschland, besonders aber die Konzernherren der Stahlproduktion, daß es nicht möglich ist, Stahl auf der Braunkohlenbasis zu erzeugen. Sie hielten das für technisch ausgeschlossen; auf jeden Fall erschien es ihnen nicht gewinnbringend genug. Ihr habt das Gegenteil bewiesen. Hier fließt Stahl auf der Basis der Braunkohlenheizung, wobei die bisher festgesetzte Norm für die Ofenleistung in unserer Deutschen Demokratischen Republik bereits überschritten wurde.

Dafür sage ich euch im Namen unseres Zentralkomitees unserer Partei, im Namen aller friedliebenden Menschen nicht nur in unserer Deutschen Demokratischen Republik, sondern in ganz Deutschland den herzlichsten Dank. Wir danken den Konstrukteuren, die diese Produktionsleistung ermöglichten, wir danken den Aktivisten, die mit ihrer Arbeitskraft und ihrem Enthusiasmus das Werk vollbringen konnten, wobei uns immer bewußt ist, daß sie diese hervorragende Leistung bei noch vorhandenen technischen Improvisationen vollbringen. Doch seid überzeugt, wir werden den Zustand der Improvisierung überwinden, denn ihr braucht die modernsten technischen Einrichtungen, und ihr werdet sie erhalten.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kollegen! Wir sind uns völlig dessen bewußt, daß dieses Werk des Friedens, daß euer Arbeitstempo und euer edler Wettstreit, mehr und besser zu arbeiten, nicht denkbar wäre ohne eine neue Einstellung zur Arbeit, ohne das tiefe Gefühl und die klare Erkenntnis, daß hier gearbeitet wird nicht für den Gewinn der Konzernherren, sondern für den Frieden des Volkes. Dieses neue Bewußtsein der arbeitenden Menschen zeigt sich hier bei euch, in allen unseren Stahlwerken, in Riesa und Gröditz, in den Kohlengruben und bei der Eisenbahn, bei den Maurern und Traktoristen, in Arbeitsergebnissen, die der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Möglichkeit gaben und auch weiterhin die Möglichkeit geben, den Lebensstandard unseres Volkes schnell und wesentlich zu bessern.

Unser Parteitag hat beschlossen, die Regierung aufzufordern, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten zu erhöhen. Entsprechend diesem Beschluß übergab das Politbüro unserer Partei der Regierung einen Entwurf zu einer Verordnung über die Verbesserung der Entlohnung der Arbeiter und Angestellten in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben. Dieser Entwurf sieht vor, daß die Löhne in der Metallurgie, das heißt also für euch, die höchsten nach den Bergarbeiterlöhnen sein sollen. Unsere Partei ist der Auffassung, daß in der Deutschen Demokratischen Republik jene Arbeiterschichten den höchsten Lohn erhalten müssen, deren Tätigkeit besonders große Anstrengungen erfordert und deren Leistungen für die friedliche Entwicklung unseres Aufbaus von ausschlaggebender Bedeutung sind. Entsprechend den Löhnen der Arbeiter, das ist unser Vorschlag, sollen auch die Gehälter der technischen und kaufmännischen Angestellten eine wesentliche Erhöhung erfahren. Auch hier muß in Zukunft das Prinzip gelten: Jeder nach seiner Leistung. Wir sind der Meinung, daß der Arbeiter, der kaufmännische Angestellte, der Techniker und Konstrukteur, der Ingenieur und Chemiker so bezahlt werden soll, wie es seinen Leistungen entspricht.

Gleichzeitig schlug unser Parteitag vor, die Regierung aufzufordern, schon mit dem 1. September eine wesentliche Erhöhung der Fleisch- und Fettationen herbeizuführen und die Rationssätze für die Werksverpflegung heraufzusetzen. Wir sind überzeugt, daß auch dieser Vorschlag unserer Partei schon in kürzester Frist durch die Regierung zur Verwirklichung kommt.

Genossinnen und Genossen! Liebe Kollegen!

Zu der gleichen Zeit, in der unsere westdeutschen Arbeitsbrüder voller Verzweiflung sind, weil die Preise für die wichtigsten Lebensmittel immer mehr in die Höhe gehen, während gleichzeitig ein Druck auf ihre Löhne ausgeübt wird, besonders die Frauenlöhne herabgesetzt werden, ausgelernte Jugendliche keine Arbeit erhalten und Hunderttausende junger Menschen ohne Hoffnung auf Arbeit sind, werden bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik die Löhne erhöht, die Preise gesenkt, die Lebensmittelrationen vergrößert und auf diese Weise der Lebensstandard der schaffenden Menschen wesentlich verbessert.

Wir müssen uns aber klar darüber sein, daß diese unbestreitbaren Erfolge unseres friedlichen, demokratischen Aufbaus nur möglich waren durch die konsequente Politik unserer Partei und des demokratischen Blocks aller antifaschistisch-demokratischen Parteien und Organisationen bei der Durchführung entscheidender demokratischer Reformen und der kompromißlosen Ausmerzung aller Kräfte aus unserem wirtschaftlichen Leben und der Politik, die zweimal in diesem Jahrhundert unser Volk in den Krieg geführt haben.

Die entscheidenden Wirtschaftszweige in der Deutschen Demokratischen Republik, die Erzeugung von Grundstoffen, Kohle, Eisen und Stahl, die Betriebe des Maschinen- und Fahrzeugbaus, die Elektroenergie, der Transport, das Banken- und Versicherungswesen befinden sich in den starken Händen unseres Volkes. Wir übergaben den Boden der Großgrundbesitzer den landarmen Bauern und den Umsiedlern.

Was haben wir damit erreicht? Eure Arbeit und die Arbeit unserer Bergarbeiter, der Maschinenbauer, der Eisenbahner und Textilarbeiterinnen gehört nicht mehr der AEG und dem Siemenskonzern, nicht mehr den Flick, Klöckner und Konsorten, nicht mehr den Banken und den Großgrundbesitzern, sondern gehört dem Volk. So ist es uns möglich, die Mehrleistung dem Volk in der Form von höheren Löhnen, herabgesetzten Preisen und in der Form der Entfaltung unserer kulturellen Einrichtungen, der Schaffung von Ferienheimen, Kinderspielplätzen, Kulturhäusern, Pionierpalästen zu übergeben.

Während in Westdeutschland wieder wie in der Weimarer Republik und zu Hitlers Zeiten die Herren der großen Konzerne, der Banken und des Großgrundbesitzes alle entscheidenden Betriebe fest in den Händen haben, gegenüber den Arbeitern und ihren Organisationen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt durchsetzen, wird die Politik unserer Regierung ausschließlich von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes bestimmt, Brot und Arbeit, Frieden und Wohlstand zu sichern.

Wir haben weiter dafür gesorgt, daß in allen Zweigen unserer Verwaltung, von der kleinsten Gemeindestube bis zur Regierungsspitze, die Vertreter des schaffenden Volkes entscheidende Positionen in ihren Händen halten. Wir haben die Gewerkschaften

berechtigt, durch das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten auf die Politik der Deutschen Demokratischen Republik einen entscheidenden Einfluß auszuüben.

Die Resultate dieser wirklich demokratischen Politik, dieser Politik der Schaffung einer sozialen gerechten Ordnung, liegen klar auf der Hand. Es gibt keinen Zweifel darüber, daß ohne eine solche Politik niemals eine derartige Aktivistenbewegung entstanden wäre, wie sie durch die beispiellose Tat unseres Parteimitgliedes, des Bergarbeiters Adolf Hennecke, entstand. Als Adolf Hennecke in der Erkenntnis, daß mehr Kohle mehr Stahl gibt, mehr Stahl mehr Brot schafft, durch bessere Arbeitsorganisation in einer Schicht 380 Prozent seiner Norm schaffte, löste er eine Bewegung des Arbeitsenthusiasmus aus, wie sie nur möglich ist in einem Lande ohne Aktionäre, ohne Dividendschlucker und ohne Börsenjobber. Wer glaubt wohl, daß die beispielhaften Leistungen eurer Kollegin, der Bauarbeiterin Anna Lehmann, eures Kollegen, des Elektromonteurs Hein Nickel, und des Kollegen von der technischen Intelligenz, Diplomingenieur Fritz Franz, möglich wären, wenn dieser Betrieb wie früher dem Flick-Konzern, das heißt einer Handvoll Kriegsgewinnler, gehörte, deren einzigstes Interesse ist, Stahl für Kriegszwecke zu verwenden, um noch höhere Profite zu erzielen.

Aber können wir uns mit dem, was wir in den beiden letzten Jahren geschaffen haben, schon zufrieden geben? Nein, wir müssen noch mehr tun. Der furchtbare Hitlerkrieg hat in unserem Lande schlimme Spuren hinterlassen. Noch immer zeugen die Ruinen von dem Verbrechen des Krieges, von der blinden Zerstörung, die der Krieg Hitlers mit sich brachte. Hunderttausende Wohnungen, Krankenhäuser, Schulen, Kinderheime sind neu aufzubauen, ganze Städte müssen neu erstehen. Wir brauchen neue Bauerndörfer, wir brauchen kulturelle Einrichtungen auf dem Lande, wir brauchen neue Straßen, wir brauchen Schiffe, wir brauchen Autos und Eisenbahnwaggons. Darum hat unsere Partei einen neuen Plan für den friedlichen Aufbau unseres Landes ausgearbeitet und ihn auf dem III. Parteitag als Fünfjahrplan der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Kultur beschlossen. Unser Vorschlag wurde bereits am 10. August unter dem Vorsitz des Präsidenten in einem feierlichen Staatsakt der Regierung

der Deutschen Demokratischen Republik übergeben. Wir sind überzeugt, daß die Regierung unter dem Vorsitz unseres Genossen Otto Grotewohl nach reiflicher, gründlicher Überprüfung zustimmen und ihn der neu zu wählenden Volkskammer zu-leiten wird. Der Fünfjahrplan hat für die weitere Entwicklung unserer Volkswirtschaft, für die Hebung des Lebensstandards unseres Volkes, für die Entfaltung aller kulturellen Bestrebungen, insbesondere für unsere Jugend, für unsere Kinder eine große Bedeutung.

Der Fünfjahrplan wird unsere industrielle Produktion verdoppeln, und zwar das in einem Tempo, wie es in der kapitalistischen Welt undenkbar ist.

Der Fünfjahrplan wird die Lebenslage der werktätigen Bevölkerung auf eine Höhe heben, wie sie in dem kapitalistischen Deutschland niemals möglich gewesen wäre.

Der Fünfjahrplan wird zu einer Entfaltung der Wissenschaften und der fortschrittlichen Kunst führen, die sich durch ein außerordentlich hohes Niveau auszeichnen und ausschließlich den schaffenden Menschen dienen werden.

Der Fünfjahrplan sichert unserer Jugend nicht nur einen Arbeitsplatz, sondern gibt ihr die Möglichkeit, sich entsprechend ihren Fähigkeiten zu entwickeln, um in Zukunft den Platz in unserer demokratischen Republik einzunehmen, der ihr kraft ihrer Kenntnisse und Leistungen gebührt.

Der Fünfjahrplan wird für immer Elend, Hunger und Erwerbslosigkeit aus unserem Lande verbannen.

Genossinnen und Genossen! Kolleginnen und Kollegen! Es ist völlig klar, daß die Feinde unseres Volkes, die Konzernherren im Westen, die Kriegstreiber von gestern und heute, alles versuchen werden, um die Durchführung dieses friedlichen Aufbau-planes zu stören.

Während wir uns hier versammeln, um uns klarzuwerden, was zu tun ist, damit unser Volk restlos die materiellen und geistigen Trümmer des verruchten Hitlerkrieges überwindet, während wir alle am Werk des friedlichen Aufbaus schaffen, während sich in unserem Volk immer mehr der Gedanke festigt, daß nur der

friedliche Weg uns Glück und Wohlstand sichert, tönt im Westen unserer Heimat wieder Kriegsgeschrei, wird schon wieder für einen neuen Krieg, für den dritten Weltkrieg dieses Jahrhunderts, Propaganda gemacht. Heute wird bekannt, daß auf Anordnung des amerikanischen Militärgouverneurs in Bayern acht der größten Kriegsverbrecher auf freien Fuß gesetzt worden sind, darunter der ehemalige sogenannte Reichsbauernführer Walter Darré, der frühere Reichspressechef Dr. Otto Dietrich, der Stahlindustrielle Friedrich Flick, der ehemalige Besitzer dieses Stahlwerkes in Brandenburg. Diese Freilassung entspricht durchaus der amerikanischen Kriegspolitik, die diese Verbrecher zu einem neuen Krieg verwenden will.

Die Jugend im Westen Deutschlands werben sie für die Fremdenlegion, damit sie in Vietnam und überall dort, wo der Imperialismus Krieg gegen friedliebende Völker führt, im Interesse der Kriegsgewinnler verblutet.

Die Arbeitslosen zwingen sie in Arbeitskompanien und drängen ihnen Waffen auf zur Vorbereitung des Krieges gegen die sozialistische Sowjetunion, gegen die volksdemokratischen Länder und gegen uns, gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Amerikanische hohe Offiziere trafen sich mit den ehemaligen Hitlergeneralen, um die Aufstellung einer neuen deutschen Armee zur Vorbereitung des Krieges zu beraten.

Ganz offen wird zur Zeit in Straßburg über die Frage der Wiederaufrüstung Westdeutschlands verhandelt. Sie nennen sich Europarat, die Herren dort in Straßburg, tatsächlich ist es aber ein Kriegsrat der Landsknechte, die unter amerikanischem Oberbefehl die Interventionstruppen für den Krieg der USA-Bankiers gegen die Welt des Sozialismus mobilisieren sollen.

Noch feilschen die Vertreter der sogenannten Bonner Regierung über den Anteil, den Westdeutschland bei diesem blutigen Kriegsgeschäft leisten soll. Doch täuschen wir uns nicht. Für diese Herren in Bonn und Straßburg steht nicht die Frage, wie das deutsche Volk aus dem Krieg herausgehalten werden kann, sondern lediglich die Frage, was die deutschen Rüstungsherren dabei verdienen werden.

Doch sie irren sich, die Herren vom deutschen Rüstungskapital und die Herren der französischen Schwerindustrie. Es irrt sich

auch Herr Churchill, dieser Kriegstreiber Nummer eins. Sein tiefer Haß gegen den Sozialismus macht ihn blind gegenüber der Kraft der vom Kapitalismus, von jeder Not und Ausbeutung befreiten Völker.

Nach dem Sieg der Sowjetmacht 1917 über den Zaren und seine Helfershelfer organisierte Churchill die Intervention gegen den jungen Sowjetstaat. Die Rote Armee verjagte unter der Führung von Lenin und Stalin die Interventionstruppen.

Als Hitler seinen räuberischen Überfall auf die Sowjetunion durchführte, glaubte Churchill, daß seine Stunde gekommen sei. Er rechnete damit, daß Hitler mit der stärksten bewaffneten Macht Europas die Sowjetarmee zertrümmern würde. Churchill gab sich große Mühe, Hitler dabei behilflich zu sein. Er verhinderte die Schaffung der zweiten Front. Er zögerte sie immer wieder hinaus. Es war seine Absicht, das zu verwirklichen, was Truman im Jahre 1941 offen aussprach. Truman, der heutige Präsident der USA, sagte damals:

„Wenn wir sehen, daß Deutschland gewinnt, sollten wir Rußland helfen, und wenn Rußland am Gewinnen ist, sollten wir Deutschland helfen, und auf diese Weise sollten sich soviel als nur möglich gegenseitig totschiessen.“

Wieder hatte sich Churchill verrechnet. Und wieder beginnt der Kriegstreiber Nummer eins eine schamlose Hetze zum Krieg gegen alle Länder, die nur das eine Ziel kennen, in Frieden den Sozialismus aufzubauen.

Sicher ist, Kolleginnen und Kollegen, Churchill wird sich auch das dritte Mal verrechnen. Er muß sich verrechnen, weil er nur Soldaten, Geld und Waffen sieht und weil er glaubt, daß das genügt, freie Völker zu besiegen. Die Geschichte lehrt aber, daß der Freiheitswille eines Volkes niemals gebrochen werden kann. Die Geschichte lehrt, daß der Wille der Völker, in ihrem eigenen Land nach eigener Weise zu leben, stärker ist als die Absichten der USA-Imperialisten, fremde Länder für alle Ewigkeiten mit ihren Besatzungstruppen zu beglücken. Das bewies das große chinesische Volk, als es Tschiang Kai-schek mit seiner amerikanischen Ausrüstung und seinen amerikanischen militärischen Ratgebern vertrieb. Das zeigt uns das Beispiel Korea. Auch hier treten die amerikanischen Generale Hitlers Erbe an, im Vor-

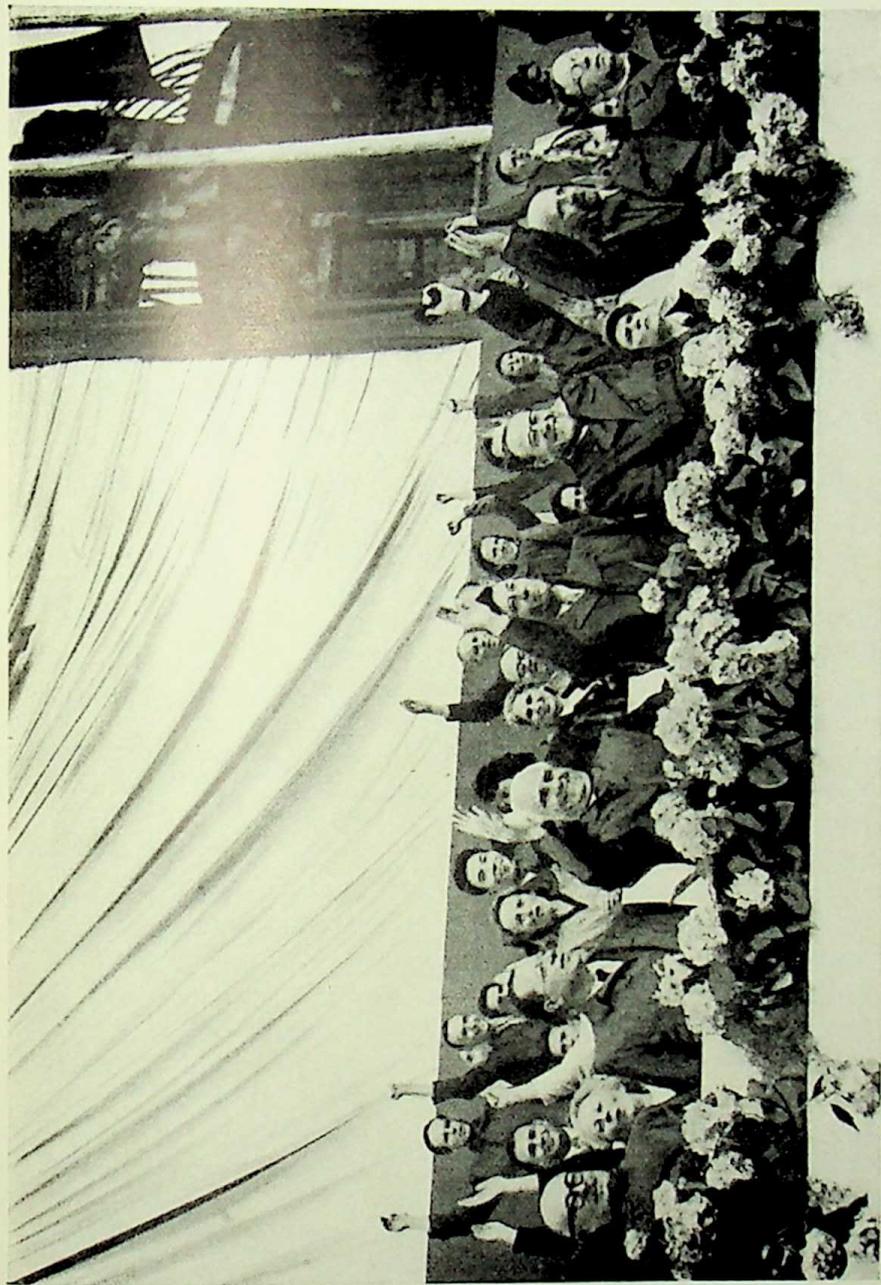
marsch nach hinten zu marschieren. Wir sind überzeugt, daß auch das deutsche Volk erkennen wird, daß sein Schicksal nicht bestimmt werden kann von den Interessen der Aktionäre in Amerika, sondern bestimmt werden muß durch sich selbst. Das deutsche Volk muß wählen zwischen einer friedlichen Entwicklung und Untergang durch einen neuen Krieg. Es muß wählen zwischen dem friedlichen Aufbau und dem Chaos. Es muß wählen zwischen einem friedlichen Weg, gestützt auf seine eigene Kraft, oder dem Weg eines Kolonialvolkes, das für fremde Interessen hungert, blühet und untergeht.

Genossinnen und Genossen! Erkennen wir den ganzen Ernst der Gefahr, die uns durch die Provokation amerikanischer Kriegstreiber droht. Sie haben am ersten Weltkrieg verdient, sie haben am zweiten Weltkrieg verdient, und sie wollen am dritten Weltkrieg noch mehr verdienen. Die Völker aber haben im ersten Weltkrieg geblutet, im zweiten Weltkrieg geblutet und sollen am dritten Weltkrieg verbluten.

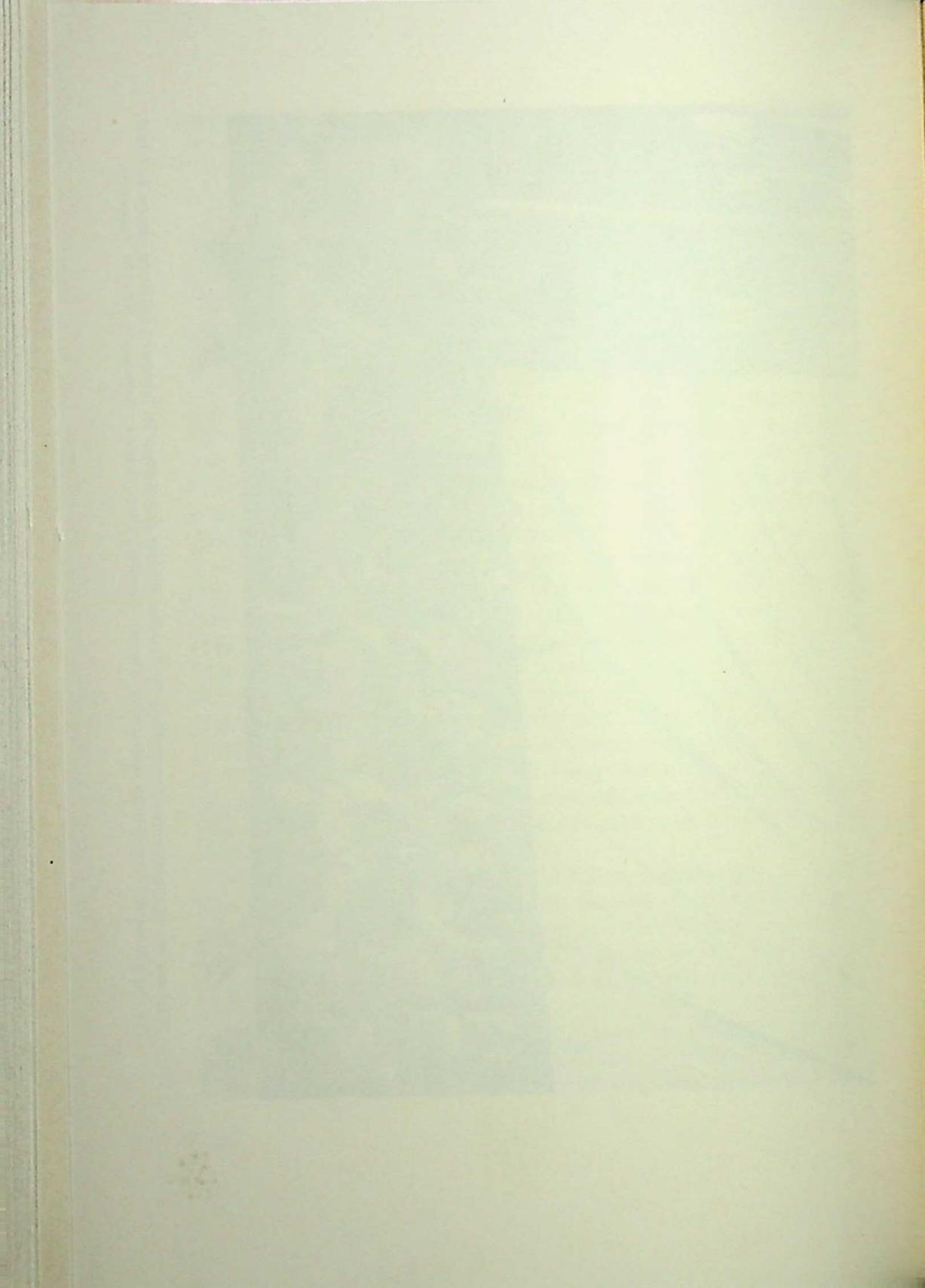
Aber das Jahr 1950 ist nicht 1939. Die Völker haben gelernt aus ihrem eigenen bitteren Leid. Geführt von der Großen Sozialistischen Sowjetunion entstand eine Weltfriedensfront, hinter der heute schon die Mehrheit aller Menschen steht. Der Appell des Weltfriedenskongresses, sich durch Unterschrift für das Verbot der Atombombe, für die Ächtung jener Regierung einzusetzen, die als erste die Atombombe wirft, fand ein Echo, das die Kriegstreiber erschüttern läßt. Sie wissen nur zu gut, daß die einfachen Menschen, ob in Berlin oder Paris, ob in Rom oder Stockholm, ob in Amerika oder Asien, den Frieden wollen, denn diese wissen, der Krieg der Imperialisten bringt ihnen Blut und Tränen.

Wir wissen auch, daß die Handvoll Kriegsgewinnler, die Herren der amerikanischen Rüstungskonzerne, nicht durch Worte zu überzeugen sind. Sie anerkennen nur eine Macht, das ist die Kraft des Volkes, das ist der unbedingte Wille der Völker, nie wieder die Waffen zu erheben, um sich im Interesse der Rüstungsherren gegenseitig totzuschießen.

Unser Parteitag hat deshalb der Frage des Kampfes für den Frieden größte Aufmerksamkeit gewidmet. Wir unterstützen mit der ganzen Kraft unserer Partei die Weltfriedensbewegung und



Wilhelm Pieck auf der internationalen Kundgebung für Frieden, Einheit und Aufbau im Berliner Lustgarten am 24. Juli 1950.
Auf der Ehrentribüne von links nach rechts: Duclos, Togliatti, Pieck, Suslow, Grotewohl, Ulbricht, Pospelow.



rufen jeder Frau, jeder Mutter, jedem Manne und jedem Jugendlichen zu: „Es hängt von dir ab, ob der Friede erhalten bleibt oder der Krieg uns vernichtet!“ Es genügt nicht, nur die Unterschrift zu geben. Es gilt jedem Menschen zu zeigen, wie versucht wird, den Krieg vorzubereiten, wie die Imperialisten die Völker betrügen, wie sie versuchen, das Denken der Menschen immer wieder im Sinne des Krieges gegen die Sowjetunion zu beeinflussen. Der Antibolschewismus ist das Banner, unter dem sie sich vereinigen, die Herren Churchill und Truman, die Herren Adenauer und Schuman, die Herren des deutschen Rüstungskapitals wie die Herren von der französischen Schwerindustrie. Unter dem Zeichen des Antibolschewismus bieten sich die rechten sozialdemokratischen Führer ihren Kapitalisten zu billigsten Preisen an. Dr. Schumacher, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, ist stolz darauf, daß er der wütendste Feind der Sowjetunion ist, daß alle seine Reden voller Gift und Galle sind gegen die volksdemokratischen Länder und gegen uns, gegen die Deutsche Demokratische Republik.

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist doch völlig klar, wer ehrlich für den Frieden ist, wer ernsthaft gegen den Krieg kämpfen will, kann nicht ein Feind der Sowjetunion sein. Die Sowjetmacht unter Führung Lenins und Stalins hat der Welt, und insbesondere unserem deutschen Volk, unzählige Beweise ihres ehrlichen Friedenswillens, ihrer Freundschaft zu dem friedlichen deutschen Volk gegeben.

Die imperialistischen Mächte wollten mit der Niederschlagung Hitlers Deutschland in ein Ackerland verwandeln und für immer als eine selbständige Nation vernichten. Die Sowjetunion hat diesen Plan vereitelt. Stalin prägte das Wort: „Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt.“ Die imperialistischen Besatzungsmächte trieben eine Politik der Spaltung Deutschlands, erzwangen sie schließlich und wollen heute Westdeutschland in ein Aufmarschgebiet für einen neuen Krieg verwandeln. Die sowjetische Besatzungsmacht hat konsequent den Standpunkt des Rechtes des deutschen Volkes auf seine nationale Einheit vertreten. Die Sowjetmacht ist bereit, jederzeit mit dem deutschen Volk einen Friedensvertrag abzuschließen, und hat den westlichen Besatzungsmächten vorge-

schlagen, ein Jahr nach dem Abschluß des Friedensvertrages die Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen.

Mit Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht wurden im Osten Deutschlands die ewigen Kriegstreiber, die Großgrundbesitzer, die hohen Militärs, die Konzernherren und Bankiers enteignet und damit die Voraussetzungen für den friedlichen Aufbau geschaffen. Die westlichen Besatzungsmächte paktieren mit Hitlers Generalstabschefs, mit den Generalen, mit der Gestapo und SS zur Durchführung ihres antikommunistischen Feldzuges. Die Sowjetregierung hat — ungeachtet der gewaltigen Schäden, die durch Hitlers Raubkrieg in der Sowjetunion verursacht wurden — sich mit einem Bruchteil an Wiedergutmachung begnügt und selbst diesen geringen Teil durch Beschluß im Mai dieses Jahres um mehr als drei Milliarden Mark verringert. Zur gleichen Zeit führen die westlichen Mächte aber noch Demontagen in Watenstedt-Salzgitter, auf den Kieler und Hamburger Werften, in Essen und Bayern durch. Die sowjetische Regierung half uns in unserem friedlichen Aufbau durch Lieferung von Eisen und Stahl, von Ausrüstungen für den Wiederaufbau unserer Friedensindustrie, mit der Lieferung von Traktoren und Automobilen. Sie gab uns Weizen, Fett und lieferte Baumwolle für unsere Textilindustrie. Zur gleichen Zeit schicken die Amerikaner Waffen nach Westdeutschland, englische und amerikanische Panzer durchwühlen bestellte Felder, und kriegsmäßige Manöver brachten der deutschen Bevölkerung große Schäden, selbst Todesopfer. Stalin hat mit seinem historischen Telegramm bei der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik zum Ausdruck gebracht, daß das friedliebende Deutschland und die friedliebende Sowjetunion den Frieden in Europa garantieren. Die Westmächte wollen mit der Intelligenz des deutschen Arbeiters, mit den Söhnen des deutschen Volkes, mit Hitlers Generalen Europa in Blut und Asche versinken lassen.

Es gibt deshalb keinen Zweifel, auf welcher Seite friedliebende Menschen, die ihre Heimat lieben, die ihren Kindern eine glückliche, friedliche Zukunft sichern wollen, stehen müssen. Es kann nur heißen: mit der Sowjetunion, mit den volksdemokratischen Ländern, mit der ganzen friedliebenden Welt gegen die amerikanischen Kriegstreiber und gegen ihre deutschen Helfershelfer.

Unser Parteitag stellte deshalb als Aufgabe die Entfaltung des Friedenskampfes in ganz Deutschland. Wir alle müssen helfen, unseren Brüdern und Schwestern im Westen unserer Heimat klarzumachen, daß ihre Zukunft im Frieden begründet liegt und daß der Krieg die Vernichtung bedeutet, denn die Kriegstreiber werden keine Minute zögern, Westdeutschland, wie sie es schon vorbereiten, völlig zu vernichten, zu überfluten, zu verbrennen, alle Betriebe zu sprengen, damit unsere ganze Heimat, unser ganzes Deutschland ein einziger Friedhof wird.

Unser Parteitag fordert deshalb, daß nicht nur unsere Mitglieder, sondern jeder friedliebende Mensch auch hier in der Deutschen Demokratischen Republik sehr wachsam sein muß gegen jeden Versuch, unseren Frieden zu stören, unseren friedlichen Aufbau zunichte zu machen. Seien wir uns darüber klar, daß in dem Maße, wie unser Aufbau vorangeht, die Kriegstreiber ihre Anstrengungen verstärken, das Werk unseres Aufbaus wieder zu zerschlagen. Sie senden Agenten und Provokateure, sie arbeiten mit Dynamit und Brandbomben, sie vergiften das Denken unserer Menschen mit Flugblättern und Radio-sendungen; alles geschieht mit dem einzigen Ziel, uns vom Wege des Friedens und der Völkerverständigung abzubringen. Deshalb, liebe Kollegen und Kolleginnen, seid wachsam, laßt nicht zu, daß euer hier im Stahl- und Walzwerk Brandenburg begonnenes Werk wieder durch verbrecherische Hände zerstört wird. Denn für jeden ist klar, daß unser Volk nur dann zu Glück und Wohlstand kommen kann, wenn uns der Frieden erhalten bleibt. Wer also für den Krieg Propaganda entfaltet, wer unseren friedlichen Aufbau stört, wer gegen die Männer und Frauen unserer friedlichen Arbeit hetzt, ist ein Feind unseres Volkes, ist ein Feind der friedlichen Menschheit und muß als solcher behandelt werden. In unserem Lande wird es nie wieder Freiheit für Kriegshetzer, nie wieder Freiheit für Menschen geben, die den Völkermord propagieren.

Unser Parteitag beschloß seine vollständige Übereinstimmung mit dem Programm der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Wir sind fest davon überzeugt, daß die in Vorbereitung befindlichen Wahlen auf der Grundlage des Wahlprogramms der Nationalen Front des demokratischen Deutsch-

land ein großes Bekenntnis unseres Volkes für Frieden und Einheit werden. Die westliche Propaganda schießt bereits aus allen Rohren, um uns weiszumachen, die Wahlen am 15. Oktober hätten keinen demokratischen Charakter, weil die demokratischen Parteien und Organisationen beschlossen haben, auf der Grundlage eines gemeinsamen Wahlprogramms gemeinsame Listen aufzustellen. Wir geben gerne zu, daß die Wahlen am 15. Oktober einen neuen Charakter tragen und etwas Neues darstellen in der Geschichte Deutschlands. Aber wir sind der Meinung, daß unsere Deutsche Demokratische Republik auch etwas Neues darstellt in der Geschichte Deutschlands. Wir sind der Meinung, daß dieses Werk, geschaffen mit der Kraft der Arbeiter und Arbeiterinnen, geleitet von den Vertrauensleuten unseres Volkes, bestimmt für die Produktion von Friedensgütern zur Hebung des Wohlstandes unseres Volkes, auch etwas Neues in der Geschichte Deutschlands darstellt. Wir sind der Meinung, daß endlich einmal damit Schluß gemacht werden muß, vor den Wahlen alles zu versprechen und nach den Wahlen nichts zu halten. Unsere Partei hat seit 1945, nachdem sie durch Marschall Shukow, den damaligen Obersten Befehlshaber der sowjetischen Besatzungszone, wieder zugelassen wurde, immer klar und eindeutig erklärt: der Weg des Friedens und der Demokratie, der Weg zu einem geeinten, friedliebenden Deutschland ist nur möglich in der gemeinsamen Front aller friedliebenden, demokratischen Kräfte. Dafür haben wir uns eingesetzt, dafür haben wir die demokratischen Parteien und Organisationen gewonnen. Das hat seine Früchte gezeitigt, die allen sichtbar vor Augen liegen. Wir denken nicht daran — und wenn sie sich im Westen heiser schreien —, das gemeinsame Werk durch eine Politik zu zerschlagen, die zur Spaltung, zur Zersetzung führen muß und ausschließlich den Feinden des Volkes dient.

Wir behaupten, daß unsere Wahlen einen demokratischen Charakter tragen, wie das niemals in Deutschland der Fall war. Warum? Das Wahlprogramm wird am 25./26. August der Nationalkongreß des demokratischen Deutschland beschließen. Die Kandidaten sollen hier vor euch in den Betrieben, in den Städten und Dörfern erklären, ob sie für oder gegen dieses Wahlprogramm sind. Die Wähler sollen entscheiden, wer von den

Kandidaten ihre Zustimmung bekommt und wen sie ablehnen, so daß jeder einzelne Wahlberechtigte in der Deutschen Demokratischen Republik von sich aus entscheidet, wer die Interessen unseres Volkes vertreten soll. Die Kandidaten sollen hier vor euch erscheinen und sagen, wer sie sind, woher sie kommen und was sie bisher getan haben für den demokratischen, friedlichen Aufbau unseres Landes. Für uns gibt es keinen Zweifel darüber, daß jede Bauarbeiterin hier und jeder Jugendliche, jeder Organisierte und Parteilose sich ein Urteil darüber bilden kann, wer wert ist, von euch gewählt zu werden, und wen man ablehnen muß.

Selbstverständlich wird in dieser Wahlagitation niemand das Recht haben, zu erklären, die Großgrundbesitzer müssen wieder her, diesen Betrieb hier soll Herr Flick zurückbekommen, die Volkspolizei muß man wieder auflösen, das Mitbestimmungsrecht der Gewerkschaft muß wieder beseitigt werden, die Jugend der Arbeiter und Bauern soll nicht das Recht erhalten, die Universitäten zu besuchen usw. Diese Art Demokratie lehnen wir allerdings ab. Wir lehnen es auch ab, daß irgendwo und irgendwer sich unter der Tarnung von Wahlreden das Recht herausnimmt, für einen Krieg zu hetzen, das Recht herausnimmt, die friedliebenden Völker zu beschimpfen. Diese Art Freiheit wird es bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik nie wieder geben.

Wir sind sogar der Auffassung, daß es richtig wäre, wenn in ganz Deutschland für immer Hetze gegen die friedliebenden Völker, Hetze gegen die Sowjetunion, Verleumdung von Arbeiterführern, Verleumdung von Menschen, die ihr ganzes Leben dem Frieden und dem Wohlstand des Volkes gewidmet haben, als kriminelles Verbrechen geahndet wird. Unsere Partei ist der Meinung, daß die Deutsche Demokratische Republik die Grundlage für ein friedliches, geeintes demokratisches Deutschland darstellt. Doch wir bescheiden uns nicht mit dieser Grundlage. Wir wollen nicht nur die Grundlage, sondern das ganze geeinte deutsche Haus errichten, und wir verhehlen deshalb auch nicht unsere Absicht, Deutschland wieder auf demokratischer, friedlicher Grundlage zu einigen, auf der Grundlage der Nationalen Front des demokratischen Deutschland. Unser Parteitag hat mit

aller Entschiedenheit gegen die Abtrennung des Saargebiets protestiert. Unser Parteitag hat klar und deutlich ausgesprochen, daß jedes Abkommen der sogenannten Bonner Regierung über die Anteilnahme deutscher Menschen an dem sogenannten europäischen Heer, das heißt der Mißbrauch von deutschen Jungen für die Zwecke der imperialistischen Kriegstreiber, von uns niemals anerkannt wird.

Wir sind fest überzeugt, daß alle westliche Propaganda den Willen des deutschen Volkes, in einem einheitlichen, friedliebenden Deutschland zu leben, nicht verfälschen kann. Die Tatsachen unseres Aufbaus sind eine zu deutliche Sprache. Die Lakaien der USA-Regierung in Deutschland, Adenauer, Schumacher und Co., glauben mit dem Verbot der kommunistischen Presse auch die Wahrheit verbieten zu können. Es ist aber eine alte Erfahrung, daß man zwar Zeitungen und Organisationen verbieten kann, aber die Wahrheit ist nicht auszurotten. Wenn die Arbeiter und Frauen Westdeutschlands, wenn die Techniker und Ingenieure in unserer westlichen Heimat nicht durch die Presse erfahren sollen, wie ihr hier euer Werk vollbringt, nun, dann schreiben wir ihnen Briefe. Jeder von euch hat einen Bruder, Freund, einen Bekannten in Westdeutschland. Schreibt ihnen, wie ihr vor einem Jahr gelebt habt, wie ihr heute lebt und wie euer Plan aussieht, im nächsten Jahr zu leben. Die westliche Propaganda glaubt, unseren Fünfjahrplan damit abzutun, daß er nur auf dem Papier steht, nichts als einen Rausch von Zahlen darstellt.

Nun, liebe Genossen und Genossinnen, Kollegen und Kolleginnen, hier auf diesem Werk wird etwas rauschen, aber nicht auf Papier gedruckte Propagandalügen des RIAS, des Dr. Schumacher und Jakob Kaiser und wie sie alle heißen; hier wird Stahl rauschen. Hier werden neue Ofen entstehen. Hier werden Wohnungen entstehen. Hier werden wir kulturelle Einrichtungen schaffen, die keine Propaganda aus der Welt reden kann. Früher, vor 20 und 30 Jahren, da konnten wir den Arbeitern nur sagen, wie es werden wird, wenn einmal die Arbeiterklasse die entscheidenden Positionen in den Händen hält. Heute können wir unseren westdeutschen Arbeitsbrüdern zeigen, wie es ist, wenn die Politik des Staates von den Interessen des arbeitenden Volkes und

nicht von den Interessen der Aktionäre bestimmt wird. Heute können wir den demokratischen, friedliebenden Kräften in Westdeutschland zeigen, was wir bisher geleistet haben, und sie können nach einem Jahr wiederkommen und sehen, was dann mit unserer Hände Kraft, durch unsere Intelligenz, durch unseren Arbeitsenthusiasmus, durch den Schwung und den Elan unserer Jugend geschaffen wurde. Wir stellen täglich aufs neue unter Beweis, daß Deutschland friedlich und demokratisch aufgebaut werden kann, ohne amerikanische Anleihen, ohne amerikanische Gelder, ohne amerikanische Besatzungstruppen und ohne alle die amerikanischen Formen der Lebensweise, die unserem Volke fremd sind, von denen wir nichts wissen wollen. Wir bauen auf mit der Kraft unserer Menschen, gestützt auf die Erfahrungen der sozialistischen Länder und mit Hilfe unseres besten Freundes, unseres Genossen J. W. Stalin.

Liebe Genossinnen und Genossen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die großen Aufgaben im Kampf für den Frieden, im Kampf für die Wiedererringung der Einheit unserer Nation und im Kampf für den friedlichen Aufbau der Deutschen Demokratischen Republik, wie sie genau von unserem Parteitag festgelegt wurden, können aber nur dann erfüllt werden, wenn unsere Partei, besser noch als bisher, in ihrer täglichen Arbeit das Beispiel für alle konsequenten, demokratischen Friedenskämpfer, für alle Arbeiterinnen und Arbeiter, für das ganze Volk gibt. Stalin lehrt uns, wenn einmal eine richtige politische Linie herausgearbeitet ist, dann kommt alles darauf an, wie sie durch die Organisationen auch verwirklicht wird. Es genügt nicht, daß unser Zentralkomitee, die Landesleitungen und die Kreisleitungen eine gute Resolution darüber fassen, was in der Zukunft zu tun ist. Es ist notwendig, jedem einzelnen Mitglied einen Parteiauftrag zu geben zur Erfüllung der großen vor uns stehenden Aufgaben. Der Parteitag beschloß deshalb, alle unsere Mitglieder durch ein umfassendes Schulungssystem zu befähigen, die Politik der Partei, das heißt die Politik, die für die friedliche, demokratische Entwicklung unseres Landes die einzig richtige ist, den Massen des Volkes richtig zu erklären und sie für die Lösung der Aufgaben zu gewinnen. Nun wissen wir, daß das Beispiel der beste Lehrmeister ist. Die Mitglieder unserer Partei in den Betrieben, auf

dem Lande und in den Städten müssen für alle Menschen sichtbar vorangehen im Kampf für den Frieden, im Kampf für die Festigung unserer demokratischen Ordnung als entscheidende Voraussetzung für ein friedliches, geeintes Deutschland.

Das verlangt, daß besonders hier in diesem wichtigen Aufbaubetrieb, in diesem Betrieb, der uns von Monat zu Monat mehr Stahl liefern soll, unsere Parteimitglieder sowohl gute Sozialisten sind als aber auch hervorragende Beispiele qualifizierter, disziplinierter Berufsarbeit geben. Mit dem Beschluß über den Fünfjahrplan genügt es nicht mehr, daß unsere Mitglieder in den Betrieben gut agitieren, das ist schon eine sehr wichtige Aufgabe, aber die Partei verlangt von ihnen, daß sie in der Berufsarbeit unter Beweis stellen, nicht nur über gewisse Dinge reden zu können. Denn nur das Parteimitglied, das auf Grund seiner beruflichen Qualifikation in der Lage ist, den Arbeitsgang kritisch zu beobachten, Vorschläge seiner Arbeitskolleginnen und -kollegen richtig zu würdigen, wird die Aufgabe im Betrieb erfüllen können, die ihm die Partei stellt, nämlich die führende Kraft im Betrieb zu sein.

Wir verlangen deshalb von unseren Parteimitgliedern, daß sie sich politisch schulen und gleichzeitig beruflich qualifizieren.

Zur Erfüllung des Fünfjahrplans benötigen wir fast eine Million neuer Arbeitskräfte. Ihr wißt alle, wir haben keine Reserven mehr von beruflich qualifizierten Menschen. Euer Betrieb ist dafür ein praktisches Beispiel. Aber wir brauchen qualifizierte Menschen. Was müssen wir also tun? Wir müssen die heutigen Hilfsarbeiter schulen, damit sie morgen qualifizierte Arbeiter sind. Wer soll diese Schulung durchführen? Das können und müssen die bereits qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die technische Intelligenz als ihre Aufgabe betrachten. Das wird nicht gelingen, ohne daß sich die qualifizierten Kader eines Betriebes selbst weiterentwickeln, sich neue technische Kenntnisse aneignen, einen gründlichen Erfahrungsaustausch durchführen, um so wirklich auf der Höhe des technischen Wissens ihrer Berufssparte zu stehen. Wir müssen, wie unser Parteitag beschlossen hat, eine Atmosphäre des Lernens in der Partei, aber auch in den Betrieben schaffen.

Vor der Partei steht die Aufgabe, ihre Basis in den Betrieben

zu verbreitern. Wir haben hier, wie in allen wichtigen Großbetrieben unseres Landes, hervorragende Aktivisten. Wir freuen uns sehr, daß viele parteilose Aktivisten bereits den Antrag gestellt haben, Mitglied unserer Partei zu werden. Vor der Parteiorganisation dieses Betriebes steht die Aufgabe, systematisch gute Arbeiter, qualifizierte Arbeiter, Menschen, die sich heute ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewußt sind, für die Partei zu werben, denn ohne eine starke disziplinierte, gutgeschulte Parteiorganisation in jedem volkseigenen Betrieb wird es nicht möglich sein, die großen Aufgaben des Volkswirtschaftsplans zu lösen.

Also, Genossinnen und Genossen! Die Partei erwartet von euch, daß ihr mit euren Produktionserfolgen, mit euren stürmischen Plänen, den Aufbau der Öfen vorfristig zu erfüllen, auch dem Zentralkomitee eine ständig wachsende Zahl von Kandidaten für unsere Partei aus den Reihen der besten Aktivisten und qualifizierten Arbeiter, Techniker und Ingenieure melden werdet.

Zu den Aufgaben der Partei gehört, daß jedes einzelne Mitglied täglich an seinem Arbeitsplatz, auf dem Wege zur Arbeit, in den Pausen mit seinen Kollegen und Kolleginnen die wichtigsten politischen Tagesfragen bespricht und in Verbindung bringt mit den Aufgaben, die besonders vor dem Betrieb stehen. Es ist, um ein Beispiel zu geben, völlig klar, daß der Aufbau dieses Werkes und die Entfaltung unseres Volkswirtschaftsplans sinnlos wird, wenn wir nicht die Kraft finden, den Krieg zu verhindern. Wir müssen unsere Arbeitskollegen überzeugen, nicht nur gute Leistungen in der Produktion zu vollbringen, sondern auch sehr aktiv gegen die Kriegspropaganda aufzutreten, gegen alle Versuche, mit der Vorbereitung dieses Verbrechens unseren friedlichen Aufbau zu stören. Hier unter uns sind Kolleginnen und Kollegen, die im Westen Berlins wohnen. Ihr alle habt Bekannte in Westberlin und Westdeutschland. Sie sind der täglichen verlogenen und vergifteten kriegshetzerischen Propaganda ausgesetzt. Die Adenauer-Separatistenregierung hat jetzt alle kommunistischen Zeitungen verboten. Wir kennen das aus der Geschichte unserer deutschen Arbeiterbewegung. Es ist immer das Kennzeichen dafür, daß die herrschenden Kreise Gemeinheiten gegen das arbeitende Volk planen. Damit die Wahr-

dem Lande und in den Städten müssen für alle Menschen sichtbar vorangehen im Kampf für den Frieden, im Kampf für die Festigung unserer demokratischen Ordnung als entscheidende Voraussetzung für ein friedliches, geeintes Deutschland.

Das verlangt, daß besonders hier in diesem wichtigen Aufbaubetrieb, in diesem Betrieb, der uns von Monat zu Monat mehr Stahl liefern soll, unsere Parteimitglieder sowohl gute Sozialisten sind als aber auch hervorragende Beispiele qualifizierter, disziplinierter Berufsarbeit geben. Mit dem Beschluß über den Fünfjahrplan genügt es nicht mehr, daß unsere Mitglieder in den Betrieben gut agitieren, das ist schon eine sehr wichtige Aufgabe, aber die Partei verlangt von ihnen, daß sie in der Berufsarbeit unter Beweis stellen, nicht nur über gewisse Dinge reden zu können. Denn nur das Parteimitglied, das auf Grund seiner beruflichen Qualifikation in der Lage ist, den Arbeitsgang kritisch zu beobachten, Vorschläge seiner Arbeitskolleginnen und -kollegen richtig zu würdigen, wird die Aufgabe im Betrieb erfüllen können, die ihm die Partei stellt, nämlich die führende Kraft im Betrieb zu sein.

Wir verlangen deshalb von unseren Parteimitgliedern, daß sie sich politisch schulen und gleichzeitig beruflich qualifizieren.

Zur Erfüllung des Fünfjahrplans benötigen wir fast eine Million neuer Arbeitskräfte. Ihr wißt alle, wir haben keine Reserven mehr von beruflich qualifizierten Menschen. Euer Betrieb ist dafür ein praktisches Beispiel. Aber wir brauchen qualifizierte Menschen. Was müssen wir also tun? Wir müssen die heutigen Hilfsarbeiter schulen, damit sie morgen qualifizierte Arbeiter sind. Wer soll diese Schulung durchführen? Das können und müssen die bereits qualifizierten Arbeiterinnen und Arbeiter, die technische Intelligenz als ihre Aufgabe betrachten. Das wird nicht gelingen, ohne daß sich die qualifizierten Kader eines Betriebes selbst weiterentwickeln, sich neue technische Kenntnisse aneignen, einen gründlichen Erfahrungsaustausch durchführen, um so wirklich auf der Höhe des technischen Wissens ihrer Berufssparte zu stehen. Wir müssen, wie unser Parteitag beschlossen hat, eine Atmosphäre des Lernens in der Partei, aber auch in den Betrieben schaffen.

Vor der Partei steht die Aufgabe, ihre Basis in den Betrieben

zu verbreitern. Wir haben hier, wie in allen wichtigen Großbetrieben unseres Landes, hervorragende Aktivisten. Wir freuen uns sehr, daß viele parteilose Aktivisten bereits den Antrag gestellt haben, Mitglied unserer Partei zu werden. Vor der Parteiorganisation dieses Betriebes steht die Aufgabe, systematisch gute Arbeiter, qualifizierte Arbeiter, Menschen, die sich heute ihrer gesellschaftlichen Aufgabe bewußt sind, für die Partei zu werben, denn ohne eine starke disziplinierte, gutgeschulte Parteiorganisation in jedem volkseigenen Betrieb wird es nicht möglich sein, die großen Aufgaben des Volkswirtschaftsplans zu lösen.

Also, Genossinnen und Genossen! Die Partei erwartet von euch, daß ihr mit euren Produktionserfolgen, mit euren stürmischen Plänen, den Aufbau der Ofen vorfristig zu erfüllen, auch dem Zentralkomitee eine ständig wachsende Zahl von Kandidaten für unsere Partei aus den Reihen der besten Aktivisten und qualifizierten Arbeiter, Techniker und Ingenieure melden werdet.

Zu den Aufgaben der Partei gehört, daß jedes einzelne Mitglied täglich an seinem Arbeitsplatz, auf dem Wege zur Arbeit, in den Pausen mit seinen Kollegen und Kolleginnen die wichtigsten politischen Tagesfragen bespricht und in Verbindung bringt mit den Aufgaben, die besonders vor dem Betrieb stehen. Es ist, um ein Beispiel zu geben, völlig klar, daß der Aufbau dieses Werkes und die Entfaltung unseres Volkswirtschaftsplans sinnlos wird, wenn wir nicht die Kraft finden, den Krieg zu verhindern. Wir müssen unsere Arbeitskollegen überzeugen, nicht nur gute Leistungen in der Produktion zu vollbringen, sondern auch sehr aktiv gegen die Kriegspropaganda aufzutreten, gegen alle Versuche, mit der Vorbereitung dieses Verbrechens unseren friedlichen Aufbau zu stören. Hier unter uns sind Kolleginnen und Kollegen, die im Westen Berlins wohnen. Ihr alle habt Bekannte in Westberlin und Westdeutschland. Sie sind der täglichen verlogenen und vergifteten kriegshetzerischen Propaganda ausgesetzt. Die Adenauer-Separatistenregierung hat jetzt alle kommunistischen Zeitungen verboten. Wir kennen das aus der Geschichte unserer deutschen Arbeiterbewegung. Es ist immer das Kennzeichen dafür, daß die herrschenden Kreise Gemeinheiten gegen das arbeitende Volk planen. Damit die Wahr-

heit nicht ausgesprochen werden kann, will man Max Reimann, den Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Deutschlands, wieder ins Gefängnis sperren. Auch darin tritt die Bonner Spalterregierung Hitlers Erbe an. Hitler hat Max Reimann zehn Jahre lang im Zuchthaus und KZ festgehalten, und Adenauer will mit den gleichen Methoden, durch Zuchthaus, Terror, Zeitungsverbot, Unterdrückung der Partei der Arbeiterklasse, die Stimme des Volkes ersticken und dem deutschen Volk das Recht nehmen, den Kampf um seine nationale Freiheit, für ein geeintes demokratisches Deutschland zu führen.

Unsere Partei hat deshalb auf ihrem Parteitag beschlossen, in jeder Weise den Kampf der nationalbewußten, friedensgewillten Menschen in Westdeutschland zu unterstützen. Wir verpflichten hierzu alle unsere Parteimitglieder, und wir fordern dazu alle ehrlichen friedensgewillten Menschen auf. Tragt die Wahrheit ins Volk, sagt ihnen, wie sich hier der Aufbau vollzieht, wie wir uns mühen, das Leben des Volkes zu erleichtern und niemals wollen, daß durch die verbrecherischen Kriegspläne alle zukunftsreichen Hoffnungen unseres Volkes wieder im Blute erstickt werden sollen.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte abschließend ein Wort zu unserer Jugend sagen. Sie ist auch hier in diesem Betrieb zahlenmäßig ein entscheidender Anteil. Hier besteht eine starke FDJ-Gruppe, und sie ist erfüllt von dem Bewußtsein, das Beste zu tun, damit dieses Werk, das Werk des Friedens, gelingt. Aber wir müssen ihnen helfen, wir, die ältere Generation, mit unseren beruflichen und politischen Erfahrungen. Wir müssen dieser arbeitsfreudigen, wißbegierigen Jugend ein wirklicher Freund werden, der ihr immer wieder klarmacht, daß sie nur, indem sie lernt, lernt und nochmals lernt, das vollenden kann, was wir jetzt gemeinsam begonnen haben. Für unsere Jugend eröffnet sich durch unseren Fünfjahrplan eine gesicherte, schöne Zukunft. Sie kann lernen, sie kann sich entsprechend ihren Kenntnissen und Fähigkeiten entwickeln und braucht keine Sorge zu haben, jemals wieder die Stempelstellen zu bevölkern, weil keine Arbeit für sie da ist.

Die Jugend unserer Deutschen Demokratischen Republik sieht im Westen das schlechte Beispiel, in welche Lage die junge Gene-

ration kommt, wenn der amerikanische Imperialismus ein Land in kolonialer Abhängigkeit hält. Die Zahl der beschäftigungslosen Jugendlichen im Westen Deutschlands geht in die Hunderttausende. Es gibt auch keine Aussicht, daß diese Jugendlichen eine anständige Lehrstelle oder einen gesicherten Arbeitsplatz erhalten. Statt dessen bietet man ihnen die Fremdenlegion an, statt dessen will man sie aufhetzen, gegen ihre Landsleute hier in der Deutschen Demokratischen Republik, gegen die Jugend von Prag, Stalingrad und Moskau zu kämpfen.

Unsere Jugend hat sich dem Frieden verschrieben. Sie lebt und kämpft nach der Losung „Bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens!“ Die Jugend in diesem Kampf für Frieden und Einheit unseres Volkes in jeder Weise zu unterstützen ist eine dringende Aufgabe jeder Parteiorganisation.

Genossinnen und Genossen! Ich möchte schließen mit einem Dank für eure bisher geleistete Arbeit, mit dem Wunsch, daß ihr auch weiterhin auf diesem Wege des Aufbaus des Stahl- und Walzwerkes Brandenburg beispielhafte Erfolge erringen werdet, mit dem Wunsch, daß unsere Parteiorganisation sich organisatorisch und ideologisch festigt, um die Beschlüsse unseres Parteitages verwirklichen zu können, um die gesamte Belegschaft zu einem neuen, noch nie dagewesenen Lebensstandard zu führen.

Ich schließe mit dem Ruf:

Es leben die Aktivisten unseres friedlichen, demokratischen Aufbaus!

Es lebe die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands!

Es lebe die Nationale Front des demokratischen Deutschland!

Es lebe der Kampf für den Frieden und die Einheit Deutschlands!

„Pressedienst der SED“,
18. August 1950.

Seid bereit!

*Rede im Zentralen Pionierlager Saalburg
am 19. August 1950*

Liebe Gäste aus Ungarn und Österreich!

Liebe junge Landsleute aus dem Westen unserer Heimat!

Liebe Pioniere!

Vielen herzlichen Dank für den lieben Empfang, den ihr mir soeben bereitet habt. Ich darf wohl mit Recht annehmen, daß eure Freude über meinen Besuch nicht nur meiner Person gilt, sondern ich betrachte eure Freude auch als einen Gruß der Pioniere an die Deutsche Demokratische Republik und an die Regierung meines Freundes Otto Grotewohl.

Für mich ist es ein besonders schöner Tag, der mir Gelegenheit gibt, einige Stunden unter euch zu weilen. Ich bitte euch jetzt schon, nach dieser kleinen Feier so zu tun, als ob ich gar nicht da wäre. Mir kommt es darauf an, das Leben des Lagers kennenzulernen, wie es sich täglich abspielt. Nehmt also nachher eure Beschäftigungen, eure Unterhaltungen und euer Spiel auf, und ich will dann genau beobachten, was ihr alles macht.

Liebe Pioniere! Ich möchte zunächst einige Worte an unsere ausländischen Gäste richten. Ich freue mich besonders über die Delegation der Pioniere aus der Volksrepublik Ungarn. Die ungarischen Pioniere kommen aus einem Land, in dem die Arbeiter und Bauern die Herren des Landes und der Betriebe sind. Das ungarische Volk hat nach jahrhundertelanger Unterdrückung endlich eine frohe, glückliche Zukunft vor sich. Das verdanken die ungarischen Menschen zwei Tatsachen:

1. Ungarn wurde durch die siegreichen sowjetischen Armeen von den deutschen und ungarischen Faschisten befreit.
2. Die Ungarische Volksrepublik wird von der tapferen Partei der Ungarischen Werktätigen, an deren Spitze der mutige, kluge

Freund aller arbeitenden Menschen, Mátyás Rákosi, steht, geführt.

Ich bin überzeugt, daß die ungarischen Pioniere vieles von ihren eigenen Erfahrungen aus ihrer erfolgreichen Arbeit unter der Schuljugend, bei der Verbesserung der Unterrichtsmethoden, bei der Schaffung von Pioniergruppen in Schulen und Orten unseren deutschen Pionieren übermitteln können.

Das ist das Schöne an diesem Lager: die Pflege der Freundschaft zwischen den friedliebenden Völkern. Berichtet, liebe Pioniere aus dem Lande der Ungarischen Volksrepublik, nach der Heimkehr euren Eltern und Freunden, was ihr hier erlebt habt, wie sich die deutschen Pioniere mühen, junge tapfere Friedenskämpfer zu sein. Grüßt mir meinen Freund, den Freund des deutschen Volkes, Mátyás Rákosi.

Nun einige Worte zu euch, liebe Pioniere aus Österreich. Ihr habt es viel schwerer in eurem Lande als unsere Pioniere. An der Spitze eures Landes stehen in der Regierung Männer, die längst vergessen haben, wie schwer die arbeitenden Menschen um ihr täglich Brot ringen müssen. Eure Regierung hat viel Geld für ehemalige Offiziere, die unter Hitlers Fahnen gegen die Sozialistische Sowjetunion kämpften, aber wenig Geld für die Jugend. In Österreich können die Zeitungen schlimme Lügen über unsere Deutsche Demokratische Republik verbreiten, und die ehrlichen, friedliebenden Menschen besitzen nur wenige Möglichkeiten, die Wahrheit zu sagen. Darum erwächst euch nach Rückkehr in eure Heimat eine besonders große Aufgabe: die Wahrheit über unser Land zu erzählen!

Schaut euch deshalb fleißig um, was ihr bei uns alles seht, und dann erzählt es euren Eltern und euren Freunden, und laßt euch nicht von Menschen einschüchtern, die die Wahrheit nicht hören wollen. Die Wahrheit würde nämlich deren ungerechte Herrschaft beseitigen. Habt auch keine Angst; alle friedliebenden, ehrlichen Menschen in der ganzen Welt sind auf eurer Seite, und sie werden euch helfen. Auch für euch kommt die Zeit, wo ihr die deutschen und auch die ungarischen Pioniere, Pioniere aus allen befreiten Ländern einladen werdet, weil ihr dann frei seid von solchen Leuten, die heute euer Land regieren.

Dann werden an der Spitze von Österreich auch Menschen stehen, die arbeitende Menschen sind und die nur die eine große Aufgabe kennen, den Werktätigen zu helfen.

Und dann haben wir hier noch Gäste aus Westdeutschland: liebe Pioniere aus dem Westen unserer Heimat. Ihr seid unsere Landsleute, ihr seid Kinder aus unserer deutschen Heimat. Ihr wißt wahrscheinlich, daß unsere Freunde von der FDJ noch viel mehr Kinder aus Westdeutschland eingeladen haben. Aber sie durften nicht kommen. Die Herren Amerikaner sagten nein, und die Bonner Regierung sperrte für die Pioniere aus Westdeutschland die Grenze zu.

Warum taten sie es? Nun, liebe Pioniere aus Westdeutschland, ihr erlebt es hier täglich, warum gewisse Leute in eurer Heimat nicht wollen, daß ihr hier bei uns in der Deutschen Demokratischen Republik sehen könnt, wie wir leben, wie wir alle uns für unsere Jugend mühen, wie wir ständig aus Trümmern und Ruinen ein neues, besseres Leben schaffen.

Nehmen wir unser Lager hier als Beispiel. Ihr wißt, daß wir nicht nur dieses eine Lager haben, sondern viele andere in allen Teilen unserer Republik. Warum konnten wir solche Lager für die Ferienzeit unserer Jungen Pioniere schaffen? Ihr werdet sagen, nun, weil die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik eine Regierung der Jugend ist. Es ist richtig, daß unsere Regierung in jeder Weise bemüht ist, der Jugend zu helfen. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die Regierung nur deshalb die Mittel dafür geben kann, weil unsere Aktivisten in den Betrieben und auf dem Lande der Regierung die Möglichkeit geben, besonders unserer Jugend schon in diesem Jahre bessere Lebensbedingungen zu schaffen. Ihr verdankt also dieses Lager und alle anderen Lager in erster Linie den Aktivisten, solchen Männern wie Adolf Hennecke und den Hunderttausenden Jugendfreunden, die im edlen Wettstreit stehen, gute und viele Dinge herzustellen, die wir für unser Leben brauchen.

Ihr habt sicher auch schon alle von unserem Fünfjahrplan gehört. Dieser Fünfjahrplan enthält viele Dinge für die Jugend und besonders für euch Junge Pioniere. Da gibt es zum Beispiel eine Zahl von 400 Millionen Mark. Für diese riesige Summe wollen wir folgendes tun: dieses Zentrale Pionierlager ausbauen

und erweitern, neue Jugendheime errichten in allen großen Städten unserer Republik. Die Ernst-Thälmann-Republik der Jungen Pioniere in der Wuhlheide in Berlin soll ein großer Pionierpark werden. Ebenso werden wir in vielen Städten Pionierpaläste errichten. Bei den volkseigenen Gütern und den MAS geben wir den Jungen Pionieren die Möglichkeit, Versuchsfelder, Versuchsgärten und Mitschurin-Stationen zu bauen. Dazu kommt der Bau von Jugendherbergen, Schaffung von neuen Sportplätzen, von Hallenschwimmbädern in den Städten, Rodelbahnen, Eisstadion und vieles anderes mehr.

Das ist unser Plan, liebe Pioniere. Aber das Geld dazu müssen wir uns erarbeiten. Das schenkt uns niemand. Wir müssen also alle sehr fleißig sein, um unser Ziel auch zu erreichen.

Wir brauchen beinahe eine Million neuer Arbeiter und Arbeiterinnen für die vielen Bauten in unserer Republik. Wir brauchen vor allem gute Arbeitskräfte, die wirklich ihr Handwerk verstehen.

Das bedeutet, daß ihr euch jetzt schon in der Schule durch großen Fleiß auszeichnet, damit ihr in der Lage seid, mit den besten Kenntnissen die Erlernung eines Berufes zu beginnen. Denn eins ist völlig klar: in unserer Deutschen Demokratischen Republik wird jeder nach seiner Leistung bezahlt. Immer werden wir die Menschen auf den Platz stellen, der ihren Leistungen und Fähigkeiten entspricht. Nur der wird in unserer Republik Ehre und Ansehen beim Volke erhalten, der vieles und Gutes zur Besserung unseres friedlichen Aufbaus schafft.

Darum, liebe Junge Pioniere, wenn der große Lenin einmal zu den sowjetischen Komsomolzen sagte: lernt, lernt und lernt, dann gilt das erst recht heute für euch.

Man kann nie genug lernen. Auch ich lerne täglich noch hinzu. Wir alle müssen von der großen Sozialistischen Sowjetunion lernen, wir alle müssen lernen, wie dort der Sozialismus aufgebaut wird und wie der Freund aller friedliebenden Menschen, unser Freund Stalin, am Werk des Friedens schafft, den Frieden schützt und verteidigt.

Liebe Pioniere, während wir uns hier in diesem schönen Lager der Ferienzeit erfreuen, während ihr mit Sport und Spiel und ernster Unterhaltung ein fröhliches Leben der Jugend führt,

müssen unsere koreanischen Brüder und Schwestern einen schweren Kampf für ihre Freiheit austragen. Es gibt Zeitungen in Deutschland, die schon wieder von Bombenteppichen berichten. Amerikanische Flugzeuge haben Hunderte Tonnen Bomben auf koreanische Dörfer und Städte abgeworfen mit dem Ziel, alles, was dort lebt, zu vernichten.

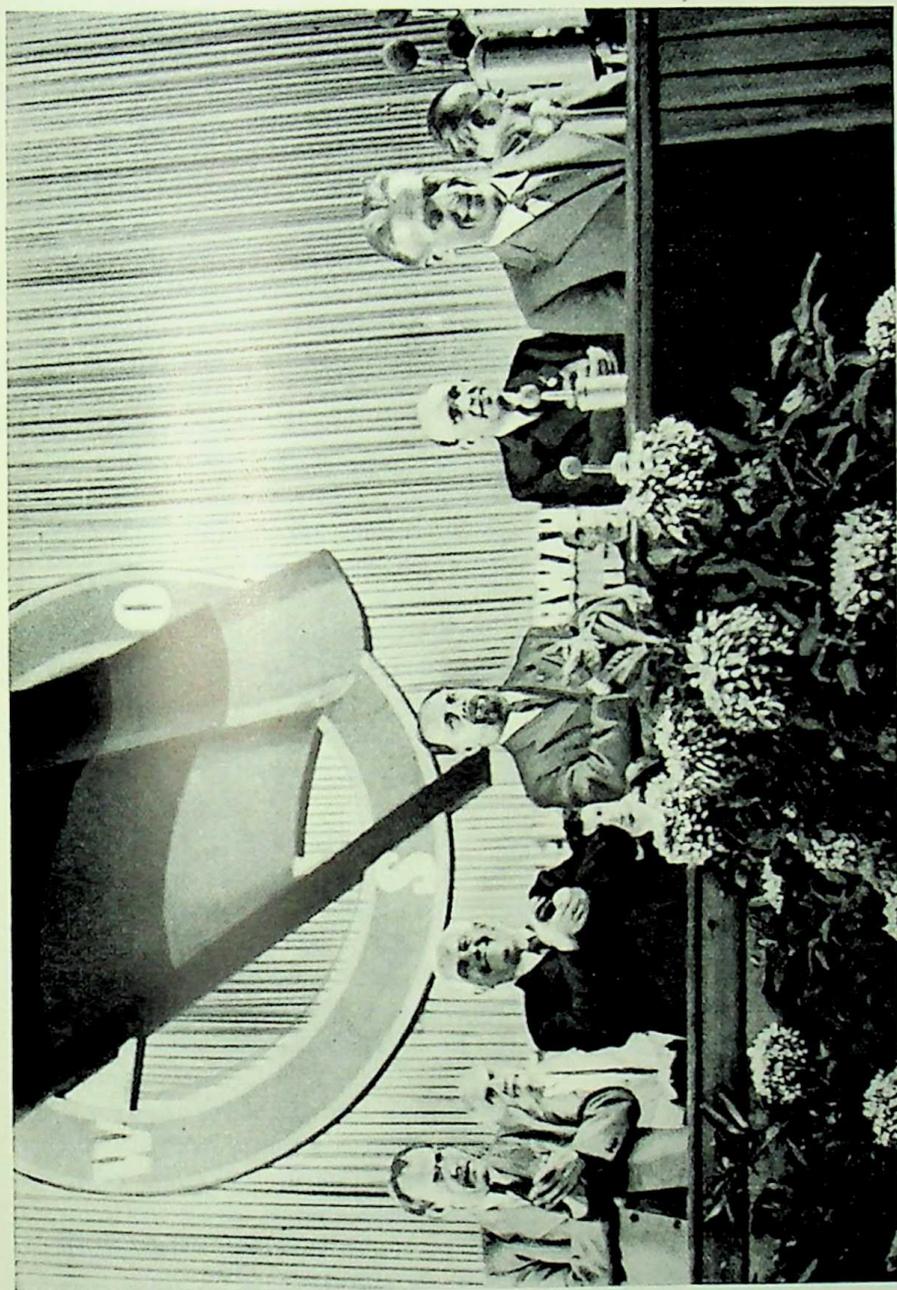
Das, liebe Pioniere, ist der Krieg der USA-Herren, der Krieg gegen Kinder und Greise, gegen Frauen und Männer, der Krieg gegen die friedliebende Bevölkerung. Und das ist die ernste Verpflichtung für uns alle, für die Erwachsenen und für die Kinder: Wir müssen alle gegen den Krieg sein, noch mehr, wir müssen alle gegen den Krieg kämpfen. Alle Zukunft, das Schicksal der Menschheit hängt davon ab, ob es uns gelingt den Frieden zu erhalten.

Im Kampf gegen den Krieg gibt es kein Vorrecht. Es gibt nur die Pflicht, das meiste und Beste zu tun. Wir fragen heute weniger den Menschen: Was hast du früher getan? Wir fragen heute die Menschen: Was tust du jetzt, um den Frieden zu erhalten?

Auch ihr müßt als Kinder, als unsere Zukunft, eure Eltern, eure Lehrer, eure Bekannten, alle erwachsenen Menschen täglich fragen: Was hast du heute getan, damit kein Krieg kommt?

Ihr dürft nicht glauben, daß es nur darauf ankommt, gegen den Krieg zu sprechen und die Leute zu überzeugen, für den Frieden zu sein. Die Kriegstreiber wissen ganz genau, daß die einfachen Menschen, die Männer und Frauen, die Jugendlichen, keinen Krieg wollen. Je besser wir unseren Aufbau durchführen und alle Menschen erleben, wie schön es ist, wenn Frieden bleibt, um so mehr werden die Kriegstreiber versuchen, unseren friedlichen Aufbau zu stören. Sie schicken schlechte Menschen in unsere Betriebe, auf unsere Güter, um dort Schäden herbeizuführen durch Zerstörung von Maschinen, durch Brandstiftung und andere Gemeinheiten.

Auch ihr könnt und müßt aufpassen, daß so etwas nicht geschieht. Nehmt euch ein Beispiel an den Jungen Pionieren und den Komsomolzen der Sowjetunion. Viele von euch haben sicherlich schon die Bücher gelesen „Die Junge Garde“ und „Wie der Stahl gehärtet wurde“. Hier wird gezeigt, wie junge Men-



Gesamtdieser Nationalkongress der Nationalen Front des demokratischen Deutschland am 25. und 26. August 1950 in Berlin.
Auf der Präsidentstribüne von links nach rechts: Otto Grotewohl, Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Dr. Correns, Max Reimann.

schen, Pioniere und Komsomolzen, ihr Land verteidigten, alles gaben zum Schutze ihrer Heimat.

Eure Freunde von der Freien Deutschen Jugend haben eine schöne Losung „Seid bereit zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens!“ Es ist notwendig, daß wir alle, Kinder und Erwachsene, helfen, damit unsere friedliche Aufbauarbeit und der Frieden geschützt werden.

Nun zum Schluß ein Wort an die Pionierleiter. Ihr habt eine große, wundervolle und sehr ernste Aufgabe. Wir haben euch das kostbarste Gut unseres Volkes, die Kinder, anvertraut. Ihr habt damit eine sehr ernste Verantwortung vor den Eltern dieser Kinder, vor den Lehrern dieser Kinder, vor dem ganzen Volk übernommen.

Ihr wißt selbst, daß Kinder mit Begeisterung guten Beispielen folgen, aber auch bei nicht genügend verantwortungsbewußter Arbeit schlechten Einflüssen unterliegen.

Wir haben großes Vertrauen in euch gesetzt, und ich bin auch überzeugt, daß jeder einzelne von euch ernsthaft bemüht ist, dieses Vertrauen vor unserem Volk zu rechtfertigen. Ich weiß, daß eure Arbeit hier schwer ist, daß ihr selbst wenig Freizeit haben werdet, daß ihr euch viel Mühe geben müßt und daß es großer Anstrengungen bedarf, um ein Pionierlager so zu führen, daß es vor der friedliebenden Welt, vor unserem eigenen Volk bestehen kann.

Denkt aber immer daran, welche schöne Aufgabe euch gestellt ist, denn was ihr heute Gutes leistet für die Kinder, wird morgen tausendfachen Gewinn tragen für unser ganzes Volk. Die Arbeit mit den Kindern und unter den Kindern schafft entscheidende Voraussetzungen für die Erfüllung unseres Planes, für die Festigung unserer demokratischen Ordnung, für den Sieg im Kampf um die nationale Einheit auf gerechter, demokratischer Grundlage.

So schließe ich denn mit dem Wunsch, daß ihr, liebe Kinder, schöne Wochen hier verbringen möget. So schließe ich mit dem Wunsch, daß ihr, liebe Freunde von der Freien Deutschen Jugend, mit Recht sagen könnt, ihr habt euren Auftrag erfüllt. So schließe ich mit dem Wunsch, daß ihr, Gäste aus Österreich, Ungarn und Westdeutschland, froh heimkehren möget mit

dem stolzen Bewußtsein, schöne Tage des Friedens und der Völkerfreundschaft in der Deutschen Demokratischen Republik verbracht zu haben. Ich schließe mit dem Ruf: Zur Arbeit und zur Verteidigung des Friedens, zur Stärkung der Freundschaft mit allen friedliebenden Menschen, zur Herstellung fester, enger freundschaftlicher Beziehungen zwischen unserer Jugend und der Jugend der Sozialistischen Sowjetunion:

Seid bereit!

*„Pressedienst der SED“,
19. August 1950.*

Kampf um Frieden, Einheit und wirtschaftlichen Aufstieg

*Rede auf der Tagung des 1. Deutschen Nationalkongresses
in Berlin am 26. August 1950*

Meine Damen und Herren!

Delegierte des Deutschen Nationalkongresses!

Liebe junge Freundel

Der Deutsche Nationalkongreß tritt in einer für die Welt und für Deutschland überaus ernsten Situation zusammen. Die Welt hallt wider vom Krachen amerikanischer Bomben, die friedliche koreanische Städte, ja sogar die Hütten koreanischer Dörfer zerstören. Die Welt ist erfüllt vom Geschrei der Kriegsbrandstifter, die von ihren blutigen Verbrechen ablenken und neue, noch blutigere Verbrechen vorbereiten möchten. Fieberhaft betreiben sie die Aufrüstung und die Aufstellung von Söldnerarmeen, die ihre Profitinteressen verfechten sollen. Fast alle Länder der kapitalistischen Welt werden von einer Kriegsspanik geschüttelt, ihre Wirtschaft nimmt immer stärker die Züge einer Kriegswirtschaft an.

I. DIE KRIEGSPOLITIK DES ANGLO-AMERIKANISCHEN IMPERIALISMUS UND DER KAMPF UM DEN FRIEDEN

Von der bisherigen Kriegshetze und Kriegsvorbereitung sind die amerikanischen Imperialisten in Korea zur direkten militärischen Invasion, zur unverhüllten Aggression, zum Angriffskrieg gegen das freiheitsliebende koreanische Volk übergegangen. Die Ereignisse der letzten Zeit haben eine Zuspitzung in der internationalen Lage gebracht, die zu einer unmittelbaren Bedrohung des Weltfriedens geworden ist und allen Friedensfreunden neue Verpflichtungen auferlegt. Das gilt für uns

Deutsche in besonders hohem Maße. Diese Vorgänge in Korea und die Lügen, die darüber von den amerikanischen Imperialisten verbreitet werden, sind auch für Deutschland von so weittragender Bedeutung, daß es notwendig ist, ihnen einige ernste Betrachtungen zu widmen.

Als der amerikanische Imperialismus durch seine südkoreanischen Marionetten den Überfall auf die Volksrepublik Nordkorea gestartet hatte, beeilte sich der amerikanische Hohe Kommissar in Deutschland, McCloy, zu erklären, nun sei der Beweis erbracht, daß die amerikanischen Besatzungstruppen in Westdeutschland bleiben müssen. Die Einbeziehung Westdeutschlands in die Kriegsvorbereitungen des aggressiven imperialistischen Blocks wurde von nun an noch offener, noch intensiver betrieben. Die brutale amerikanische Aggression in Korea wurde zum Anlaß genommen, die Remilitarisierung Westdeutschlands voranzutreiben, den reaktionären Terror gegen die Friedenskämpfer zu verschärfen, die Kriegshetze bis zur chauvinistischen Hysterie zu steigern. Korea wurde von den Bonner Marionetten zum Vorwand genommen, um die provokatorische Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen unsere demokratische Ordnung und gegen den Kampf der Nationalen Front noch skrupelloser zu betreiben, als es vorher schon geschah. Die deutschen Patrioten und Friedensfreunde haben daher allen Anlaß, dem Kampf des koreanischen Volkes um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit höchste Aufmerksamkeit zu schenken, die friedliche Lösung der koreanischen Frage zu fordern und dieser Forderung durch die energischste und machtvollste Entfaltung der Friedensbewegung den stärksten Nachdruck zu verleihen.

Korea war 1945 durch die vernichtende Niederlage, die die heroische Sowjetarmee der japanischen Kwantungarmee beigebracht hatte, befreit worden. Die Sowjetunion machte den Vorschlag, dem koreanischen Volke, das jahrzehntelang gegen die japanische Kolonialherrschaft einen opferreichen Kampf geführt hatte, einen unabhängigen Staat unter einer eigenen koreanischen Regierung zu geben, ohne das Land zu besetzen. Dieser sowjetische Vorschlag wurde von den amerikanischen Imperialisten mit der Begründung abgelehnt, „das koreanische

Volk wäre zur Freiheit noch nicht reif". Sie bestanden auf einer Besetzung des Landes, das damit auch in zwei Teile geteilt wurde. Im Jahre 1948 machte die Sowjetregierung den Vorschlag, alle Besatzungstruppen aus Korea abzuziehen. Unter dem Druck des koreanischen Volkes haben die USA, wenn auch nach vielen Winkelzügen und Manövern, den Abzug akzeptieren müssen.

Sie ließen eine Militärmission und mehr als 500 amerikanische Offiziere in Südkorea zurück, die die Aufgabe hatten, eine amerikahörige Militärmacht aufzubauen, sie amerikanisch zu drillen und mit amerikanischen Waffen auszurüsten. Es war der Chef der Amerikanischen Militärmission in Korea, General Roberts, der nach einer Meldung der „New York Herald Tribune“ vom 5. Juni dieses Jahres der amerikanischen Korrespondentin Margarete Higgins erklärte:

„In Korea besitzt der amerikanische Steuerzahler eine Armee, die ein ausgezeichnete Wachhund zum Schutze der Kapitalinvestitionen in diesem Land ist. Sie ist eine Kraft, die größtmögliche Ergebnisse bei minimalsten Kosten zeitigt . . . Die Gruppe der amerikanischen Militärberater ist ein Beweis dafür, wie man bei einer vernünftigen und intensiven Ausnutzung von 500 kampfgestählten amerikanischen Soldaten und Offizieren hunderttausend Mann ausbilden kann, die sich für sie schlagen werden.“

Der Zynismus und die Unverschämtheit, mit der der amerikanische General hier die Rolle der südkoreanischen Marionettenarmee gekennzeichnet hat, ist kaum zu überbieten. Dennoch hat er in seiner Unverschämtheit nur die unbestreitbare Wahrheit ausgesprochen. Amerikanische Bank- und Monopolherren haben die Besitztitel übernommen, die japanische Truste und Konzerne in Korea besaßen. General MacArthur und seine ausgedehnte Familie waren die rücksichtslosesten Raffer, die sich ehemaligen japanischen Kolonialbesitz in Korea aneigneten. Für diesen geraubten Besitz sollte die von amerikanischen Offizieren gedrillte südkoreanische Armee den „Wachhund“ abgeben.

Doch die imperialistischen Herren der USA haben sich schwer geirrt. Sie haben den nationalen Unabhängigkeitswillen des koreanischen Volkes unterschätzt. Trotz des blutigen Terrors der südkoreanischen Marionettenregierung und ihres korrupten

Verwaltungsapparates setzte sich der Wille des koreanischen Volkes nach nationaler Einheit und Unabhängigkeit in Südkorea immer stärker durch.

Bei der Beurteilung der Ereignisse seit dem 25. Juni 1950 dürfen wir nie vergessen, daß das koreanische Volk auf dem besten Weg war, seine nationale Einheit auf friedliche Weise herzustellen. Dafür hatte die Demokratische Vaterländische Einheitsfront am 7. Juni dieses Jahres dem Präsidium der Obersten Volksversammlung Nordkoreas einen ganz konkreten Vorschlag unterbreitet. Er sah vor, eine Verschmelzung der Obersten Volksversammlung der Koreanischen Volksrepublik und der Nationalversammlung Südkoreas zu einem einheitlichen gesamt-koreanischen gesetzgebenden Organ, das die Verfassung der Republik beschließen und eine einheitliche Regierung bilden sollte. Auf dieser Grundlage sollten allgemeine und freie Wahlen für eine gesamt-koreanische gesetzgebende Versammlung durchgeführt werden. In ganz Korea sollten die demokratischen Freiheiten, die Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit, wiederhergestellt werden. Die von der südkoreanischen Marionettenregierung eingekerkerten Freiheitskämpfer sollten freigelassen werden. Die volle Freiheit der Betätigung aller demokratischen politischen Parteien und Organisationen sollte in ganz Korea gewährleistet werden. Das Präsidium der Obersten Volksversammlung erklärte sich bereit, eine Delegation in die Hauptstadt Südkoreas, nach Söul, zu entsenden oder auch umgekehrt eine Delegation der Nationalversammlung Südkoreas in Phoengjang, der Hauptstadt Nordkoreas, zu empfangen. Diese Delegationen sollten die Verhandlungen über die erforderlichen Maßnahmen zur Verwirklichung der nationalen Einheit führen.

Das waren wahrhaft demokratische Vorschläge zur friedlichen Herstellung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit Koreas. Sie fanden die begeisterte Zustimmung des gesamten koreanischen Volkes, ausgenommen natürlich eine Handvoll von Landesverrätern und amerikanischen Marionetten.

Selten ist die Verantwortung eines imperialistischen Aggressors so klar und eindeutig gewesen, wie es die der amerikanischen Imperialisten für die blutigen Verbrechen in Korea ist. Das um seine nationale Einheit und Unabhängigkeit kämpfende

koreanische Volk ist ihnen die Antwort jedoch nicht schuldig geblieben und hat den amerikanischen Generalen das Laufen beigebracht. Feige und brutal suchten sie sich für ihre Niederlage zu rächen, indem sie friedliche koreanische Städte und Dörfer durch ihre Luftwaffe bombardieren ließen. Der Befehlshaber der amerikanischen Luftstreitkräfte im Fernen Osten hat sich damit gebrüstet, daß allein auf fünf Städte Koreas mehr als die Hälfte aller eingesetzten Bomben abgeworfen wurden. Das ist jene unmenschliche Kriegführung gegen Frauen, Kinder und Greise, die dem deutschen Volk aus eigener bitterer Erfahrung nur zu gut bekannt ist.

Im Namen des Deutschen Nationalkongresses, der die überwiegende Mehrheit aller friedliebenden deutschen Menschen vertritt, erhebe ich im Sinne des schon vom Kongreß beschlossenen Protestes die Forderung nach der unverzüglichen Einstellung der blutigen Aggression der amerikanischen Regierung in Korea, nach der sofortigen Beendigung der bestialischen Bombardierungen der friedliebenden koreanischen Bevölkerung durch die amerikanische Luftwaffe, nach dem Abzug aller ausländischen Truppen aus Korea, nach der friedlichen Lösung der koreanischen Frage. Das koreanische Volk muß die Möglichkeit erhalten, in freier Abstimmung über seine nationale Einheit zu entscheiden und sich eine souveräne Regierung zu wählen. Als deutsche Patrioten, die um die Einheit ihres Vaterlandes, um einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungstruppen kämpfen, fühlen wir uns solidarisch mit dem kämpfenden koreanischen Volk. Die Parole aller deutschen Patrioten und Friedenskämpfer heißt daher: Korea den Koreanern. Deutschland den Deutschen.

Das deutsche Volk hat noch täglich die Ruinen seiner friedlichen Wohnstätten, Schulen, Krankenhäuser und Kirchen vor Augen, in denen unter anglo-amerikanischen Bomben Hunderttausende von Frauen, Kindern und Greisen einen qualvollen Tod gefunden haben. Der Deutsche Nationalkongreß wendet sich daher im Namen aller Deutschen mit leidenschaftlicher Empörung gegen die bestialischen amerikanischen Bombenangriffe auf friedliche koreanische Städte und Dörfer. Er fordert von dem Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen

sofortige Maßnahmen, durch die die Einstellung des amerikanischen Bombenkrieges gegen koreanische Frauen und Kinder gewährleistet wird und die Urheber dieser Unmenschlichkeiten zur Verantwortung gezogen werden.

In der koreanischen Frage treten die zwei grundsätzlich verschiedenen Linien in der Weltpolitik besonders deutlich zutage. Es ist einmal die Linie des Krieges und der Ausweitung der Aggression, die von den herrschenden Kreisen Amerikas durchgeführt wird. Ihr entgegengesetzt ist die Linie des Friedens und der friedlichen Regelung der koreanischen Frage, die den Interessen und dem Willen aller friedliebenden Völker entspricht. Sie wird entschieden und konsequent von der Sowjetunion verfolgt, die an der Spitze des großen Friedenslagers steht.

Die Stärke und die Macht des Friedenslagers ist im ständigen Ansteigen. Beinahe täglich erfahren wir aus der Sowjetunion von Produktionserfolgen, von wirtschaftlichen Errungenschaften, von neuen großen Bauwerken, von neuen Maßnahmen und Plänen zur Beherrschung der Natur und zur Erschließung der natürlichen Reichtümer des Landes, von neuen wissenschaftlichen und kulturellen Leistungen der Sowjetmenschen. Die wirtschaftliche und politische Kraft der Sowjetunion wächst in beispiellos raschem Tempo und in umfassender Weise. Mit Hilfe der Sowjetunion haben sich die Länder der Volksdemokratie politisch und wirtschaftlich gefestigt und zeigen ebenfalls eine rasche und allseitige Aufwärtsentwicklung. Der historische Sieg des chinesischen Volkes und seiner heroischen Volksarmee hat das Friedenslager unermesslich gestärkt, in dem heute rund 800 Millionen Menschen stehen. Und schließlich dürfen wir sagen, daß wir mit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik unseren nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Stärkung des Weltfriedenslagers geleistet haben. Dieses Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus ist frei von Krisen und inneren Gegensätzen und Rivalitäten. Hier ist der Kampf für die Sicherung des Friedens zur gemeinsamen Sache der Völker und ihrer Regierungen geworden. Hier besteht eine für die imperialistischen Länder unerreichbare politisch-moralische Einheit und Geschlossenheit.

Das Kriegslager der imperialistischen Staaten dagegen wird

in seinen Handlungen von der Furcht vor der krisenhaften Entwicklung seiner Wirtschaft beherrscht, der rücksichtslose Konkurrenzkampf der kapitalistischen Monopole und Truste verschärft die internationalen Spannungen in diesem Lager, das zudem noch von inneren gesellschaftlichen Gegensätzen zerrissen ist. Die Kriegspolitik dieser Regierungen stößt auf den Widerstand der breitesten Massen ihrer Völker, die die Kriegsvorbereitungen ablehnen und die Sicherung eines dauerhaften Friedens verlangen. Das zeigt sich in den Streiks und Massenkämpfen gegen die Waffentransporte und die Aufrüstung, die immer mehr Länder erfassen und sich auch im Westen unserer deutschen Heimat entwickeln. Der Friedenswille der Massen hat seinen sichtbarsten Ausdruck in der machtvollen Entwicklung der Weltfriedensbewegung gefunden. Die Weltfriedensfront ist heute so stark, daß an ihr die Kriegspläne der amerikanischen Imperialisten scheitern werden. Dennoch muß man begreifen, daß die Kriegsgefahr gerade gegenwärtig außerordentlich groß ist. Die Kriegstreiber sind von einer hysterischen Wut erfaßt, die sie in die verzweifeltsten Kriegsabenteuer treiben kann. Dabei ist es völlig klar, daß diese imperialistischen Kräfte, wenn sie einen neuen Weltbrand entfachen, zerschlagen und vom Antlitz der Erde hinweggefegt werden.

Es ist die Aufgabe der Nationalen Front des demokratischen Deutschland, den Friedenskampf in ganz Deutschland mit allen Mitteln zu unterstützen. Es gilt eine große Friedenswacht zu schaffen, durch die das gesamte Volk kollektiv und jeder einzelne unermüdlich für den Frieden kämpft und über seine Sicherung wacht. Ein entscheidender Abschnitt in der Entfaltung dieses Friedenskampfes werden die Wahlen in die parlamentarischen Körperschaften der Deutschen Demokratischen Republik am 15. Oktober sein. Sie werden zu einem einmütigen Bekenntnis zur Politik des Friedens werden, zu der sich die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland bekennen. Ihre Friedensforderungen sind die Forderungen aller friedliebenden Menschen, gleichgültig, in welchem politischen oder weltanschaulichen Lager sie stehen, welche gesellschaftliche Stellung sie einnehmen. Die Kandidaten der Nationalen Front des demokratischen Deutschland und späteren Ab-

geordneten werden in ihrer gesamten Politik und Tätigkeit dem großen Ziel dienen, das Lager der Friedenskräfte in der ganzen Welt zu stärken und zu festigen, das den Kampf führt für das Verbot der Atomwaffe, für die allgemeine Einschränkung und Kontrolle jeder Art von Rüstungen, für das Verbot jeder Aggression.

Die gespannte internationale Situation, die Gefahr der Ausweitung der amerikanischen Aggression in Korea, die Rüstungen in Westdeutschland — all das erfordert gebieterisch, daß die Nationale Front des demokratischen Deutschland die Wahlen am 15. Oktober zu einem einmütigen Bekenntnis des ganzen Volkes zu dieser Politik des Friedens macht, die allein den Lebensinteressen unserer deutschen Nation entspricht. Es ist daher erforderlich:

1. die Werktätigen tagtäglich über die verbrecherische Politik der amerikanischen Imperialisten, über ihre Politik des Krieges und der Versklavung aufzuklären, jeder Form der Kriegspropaganda und Kriegshetze entgegenzutreten und ihre Urheber zu entlarven;

2. das ganze deutsche Volk davon zu überzeugen, daß die Sowjetunion seit ihrem Bestehen konsequent eine Politik des Friedens und der Völkerverständigung betrieben hat, daß die Sozialistische Sowjetunion an der Spitze des Weltfriedenslagers steht, das bereits 800 Millionen Menschen umfaßt, und daß dem Weltfriedenslager der Erfolg sicher ist;

3. die Anhänger der Nationalen Front und die Friedenskämpfer in Westdeutschland und in den Westsektoren Berlins mit aller Kraft zu unterstützen, die Einheit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands zu erkämpfen, das die Voraussetzung für die Sicherung des Friedens in Europa ist;

4. die Sammlung von Unterschriften für den Stockholmer Appell zur Ächtung der Atomwaffe in Westdeutschland und in den Westsektoren Berlins mit aller Kraft und unter Überwindung aller Schikanen und Terrormaßnahmen weiterzuführen, im ganzen deutschen Volke Abscheu und Verachtung gegen alle Denunzianten zu erwecken, die als Helfershelfer der Kriegs-

treiber Verbrecher an der Zukunft unseres Volkes sind. Solche Denunzianten und Terroristen sind festzustellen, denn sie werden ihrer gerechten Strafe nicht entgehen;

5. in jeder Weise dazu beizutragen, daß in den Städten und Dörfern, in den Betrieben und Hochschulen Friedensausschüsse geschaffen werden, in denen sich alle friedliebenden Menschen zur gemeinsamen Verteidigung des Friedens zusammenschließen.

Das sind die Aufgaben, die unmittelbar der Nationalen Front gestellt sind.

II. DEUTSCHLAND UND DIE KRIEGSPOLITIK DER IMPERIALISTISCHEN WESTMÄCHTE

Die Verschärfung der Kriegsgefahr in der Welt konnte nicht ohne Rückwirkungen auf Deutschland, genauer gesagt, auf die unter ausländischer imperialistischer Herrschaft stehenden Westgebiete Deutschlands bleiben. Immer rücksichtsloser wird der Bonner Marionettenstaat in die imperialistischen Kriegsvorbereitungen einbezogen und damit der nationale Notstand, in dem sich das deutsche Volk befindet, unerträglich verschärft. Es wird immer offenkundiger, warum die imperialistischen Westmächte das Potsdamer Abkommen gebrochen und Deutschland zerrissen haben. Wäre Deutschland einheitlich geblieben, hätte man dem berechtigten Anspruch des deutschen Volkes auf einen gerechten Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen Rechnung getragen, so hätte man Westdeutschland niemals zur Aufmarschbasis, zum Rüstungsarsenal und zum Kriegsschauplatz machen können, wie es heute geschieht.

Die Interviews und Erklärungen, die der Marionettenkanzler Adenauer und sein Helfershelfer Schumacher in den letzten Tagen abgegeben haben, sind der klare Beweis, daß sie sich zu gewissenlosen Vollstreckern der Befehle und Wünsche der amerikanischen Kriegstreiber machen. Von Adenauer stammt die schändliche Erklärung, man dürfe nicht nach dem Motto handeln: „Liebe Amerikaner, gebt ihr euer Blut her.“ Aus diesem Grunde müsse auch Deutschland bereit sein, seinen Beitrag zu leisten. Diese Erklärung besagt nichts anderes, als daß die

deutsche Jugend, unsere deutschen Männer, ihr Blut für die amerikanischen Kriegspläne vergießen sollen. Da dieser ungeheuerliche nationale Verrat auf den steigenden Widerstand der westdeutschen Bevölkerung stößt, fordert Adenauer eine Verstärkung der amerikanischen Besatzungstruppen um mindestens drei Divisionen. Was kümmert's ihn, daß damit die Besatzungskosten um weitere Milliarden ansteigen und der westdeutsche Werktätige dafür den Riemen noch enger schnüren muß. Adenauer braucht die amerikanischen Divisionen als Schirm, hinter dem er die Militarisierung Westdeutschlands erreichen will. Mit amerikanischen Bajonetten will er die friedensgewillte Jugend in die Kasernen zwingen, um sie dort zu Söldnern und Wachhunden für amerikanische Kapitalinvestitionen zu drillen. Die dumme Lüge von den Angriffs- und Panzerformationen unserer Volkspolizei glaubt ihm ohnehin kein ernst zu nehmender Mensch.

Adenauers Helfershelfer, Dr. Schumacher, ist noch weiter gegangen und hat „eine monumentale westliche Militärmacht längs der Elbe“ gefordert, damit der Westen „die Offensive in russisches Gebiet tragen“ kann. Hier ist offen ausgesprochen, daß der amerikanische Imperialismus in Westdeutschland einen Angriffskrieg, eine neue Aggression gegen das Lager des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus vorbereitet. Dr. Schumacher, der sich zum Sprecher dieser Aggressionspolitik macht, begeht damit ein abgründiges Verbrechen am deutschen Volk, dem in einem solchen Krieg die Vernichtung seiner nationalen Existenz beschieden sein würde.

Diese alarmierenden Nachrichten aus Westdeutschland verpflichten die Nationale Front des demokratischen Deutschland, den Kampf um den Frieden, um die Wiederherstellung der nationalen Einheit, um den Abschluß eines gerechten Friedensvertrages und den Abzug aller Besatzungstruppen mit vervielfachten Anstrengungen zu führen. Es muß alles darangesetzt werden, um zu verhindern, daß die westdeutsche Bevölkerung durch Lügen, heimtückische Manöver und Winkelzüge irreführt und eingeschläfert wird.

Die nationalen Verräter in der Bonner Marionettenregierung und in der Führung der westdeutschen Sozialdemokratie ver-

handeln hinter dem Rücken des deutschen Volkes, da sie genau wissen, daß die überwältigende Mehrheit unseres deutschen Volkes ihre Verbrechen gegen die Existenz und die Zukunft unserer Nation niemals billigen wird. Ein anschauliches und überzeugendes Beispiel dafür ist das Interview, das der sogenannte Vizekanzler und Marshallplan-Minister Blücher Anfang August dem amerikanischen Korrespondenten Ernest Leiser gewährte. Blücher sprach über die deutsche Wiederaufrüstung, die über 10 bis 12 Divisionen hinausgehen solle. Er sprach von der Notwendigkeit, geheime Ansammlungen großer Waffenmengen vorzunehmen, damit zu einem bestimmten Zeitpunkt für eine ausreichende Zahl von Divisionen alles Notwendige vorhanden wäre. Angesichts des wachsenden nationalen Widerstandes hält er schon jetzt Sicherungen für die Nachrichtenübermittlung und für die Verkehrslinien für erforderlich und macht sich Gedanken darüber, wie man kriegswichtige Betriebe gegen Beunruhigungen sichern könnte. Als Ernest Leiser einen Teil dieser Rüstungspläne veröffentlichte, bekam es Blücher mit der Angst zu tun und erklärte, die Wiedergabe des Gesprächs wäre völlig entstellt.

Der amerikanische Journalist stellte demgegenüber fest:

„Selbstverständlich stehe ich zu meinem Bericht . . . Es stimmt zweifellos, daß Vizekanzler Blücher betonte, es sei nicht ratsam, die deutsche Wiederbewaffnung in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Dann jedoch legte er eine halbe Stunde lang seine Ansichten dar, so, wie sie von mir . . . wiedergegeben wurden.“

Der Sinn dieser Mitteilung ist eindeutig. Die Adenauer und Blücher verhandeln bereits über die Einzelheiten der Aufrüstung und der Aufstellung einer Söldnerarmee, aber das deutsche Volk soll davon nichts erfahren. Das ist die Haltung von Volksverrätern, von Feinden der deutschen Nation.

Unter Einschluß der Schumacherschen Sozialdemokraten hielt es die Delegation des Bonner Marionettenstaates auf der Tagung des Europarates in Straßburg für notwendig, dem alten Kriegstreiber Churchill ihre besondere Aufwartung zu machen. Sie klatschte begeistert Beifall, als er zum europäischen Kriegsminister vorgeschlagen wurde. Sie klatschte dem Kriegshetzer

Beifall, von dem das schändliche Wort stammt, es gäbe keine guten Deutschen, die einzigen guten seien die toten Deutschen. Damit aber die Deutschen sterben, muß man sie in den Krieg führen. Jetzt versteht man, warum die Vertreter der Blücher-schen FDP und der Adenauerschen CDU für Churchills Kriegs-rüstungspläne stimmten, die die Aufstellung deutscher Söldner-truppen unter ausländischem Kommando vorsehen. Sie stimmten so in Wahrheit für den Krieg, die Ausrottung der Deutschen, für die Vernichtung der deutschen Nation. Darin liegt der wahre Sinn der Pläne, mit denen die anglo-amerikanischen Imperialisten Deutschland in einen neuen Krieg hineinreißen wollen. Das deutsche Volk soll verbluten, seine Wirtschaft zerstört, sein Land verwüstet werden, damit die anglo-amerikanischen Imperialisten diesen lästigen Konkurrenten für immer loswerden.

Nicht zufällig hat McCloy das Programm seiner Politik am 16. Juni in Düsseldorf vor einer Versammlung von Industriellen und Bankherren von Rhein und Ruhr entwickelt. In dieser Versammlung saßen zum größten Teil dieselben Herren, die bereits 1932 in der berüchtigten Versammlung gesessen hatten, in der Hitler sein Programm des Eroberungskrieges und der Kriegs-rüstung entwickelte.

Seit Anfang August tagt nun im Hause des bayerischen Wirtschaftsministeriums in München ein amerikanischer Gnadenausschuß für Kriegsverbrecher, der aus einem Richter, einem hohen Beamten und einem General besteht. Dieser amerikanische Gnadenausschuß für Kriegsverbrecher ist von der Trumanregierung dem amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland als beratendes Organ zur Seite gestellt worden. Er hat die Aufgabe, innerhalb eines Monats die Gnadengesuche von nicht weniger als hundert vom Nürnberger Gericht verurteilten Kriegsverbrechern zu bearbeiten, das heißt sie zu begnadigen. Sie werden in Freiheit gesetzt, damit sie die Auf-rüstungs- und Kriegspolitik des amerikanischen Imperialismus in Deutschland durchführen helfen.

Die ersten acht dieser Kriegsverbrecher sind bekanntlich schon in Freiheit gesetzt.

Alle friedliebenden Menschen Deutschlands sind bei der Mel-

derung von der Freilassung dieser Kriegsverbrecher von heller Empörung und heiligem Zorn erfaßt worden, erheben den schärfsten Protest dagegen — wie das auch unser Kongreß zu Beginn der Tagung getan hat — und fordern, daß die Kriegsverbrecher vor ein deutsches Volksgericht gestellt werden. Es geht nicht nur um die Bestrafung der Verbrechen, die diese Naziführer und Hintermänner Hitlers in der Vergangenheit begangen haben, es geht noch viel mehr darum, zu verhüten, daß sie mit neuen Verbrechen ganz Deutschland vernichten. Sie und die Nazi-generale, die heute für die Amerikaner Kriegspläne ausarbeiten, sind nicht nur Kriegsverbrecher an anderen Völkern, sie waren und sind in erster Linie Verbrechen am deutschen Volke. Auf sie trifft durchaus zu, was die Koburger „Neue Presse“ bei einer Betrachtung der Remilitarisierungspläne am 1. August schrieb:

„Man sollte die Kriegsverbrecher nicht nach dem Krieg aufhängen, sondern vor dem Krieg.“

Die hohe Dienststelle auf dem Petersberg, das deutsche Monopolkapital und die Überreste des Hitlerfaschismus — das sind die Kräfte, die in Wirklichkeit die Politik der Bonner Marionettenregierung bestimmen.

Die in der letzten Zeit bekanntgewordenen Tatsachen zeigen, wie groß die Gefährdung Deutschlands durch die anglo-amerikanische Kriegspolitik heute bereits ist. Panzer, Kanonen- und Waffentransporte rollen nachts von Hamburg und Lübeck nach Niedersachsen und in den Teutoburger Wald. Jenseits des Rheins, in der französischen Besatzungszone, werden große Waffen- und Treibstofflager angelegt. In unterirdischen Rollbahnen verschwinden die Panzerkolonnen und die Munitionstransporte. Hier werden Flugplätze angelegt, von denen aus deutsche Städte und Dörfer wieder mit amerikanischen Bomben belegt werden sollen. Die Sprengvorbereitungen an Verkehrsknotenpunkten, an Uferstraßen westdeutscher Flüsse und die Wahnsinnspläne für die Überschwemmung weiter Gebiete unserer westdeutschen Heimat mußten selbst von Dienststellen der Okkupanten zugegeben werden.

Aber auch die Rekrutierung des Kanonenfutters hat schon begonnen. Dazu gehört die militärische Bewaffnung und Kasernierung der sogenannten Industriepolizei und der Gruppen der

sogenannten Deutschen Zivilen Arbeitsorganisation. Allein in der amerikanischen Zone umfassen die Arbeitsgruppen nicht weniger als 35 000 deutsche Männer, die dem Kommando ehemaliger Nazioffiziere unterstellt sind. In allen diesen Formationen begnügt man sich nicht mehr mit einer versteckten und verschleierte militärischen Ausbildung, sondern geht ganz offen zu ihrer militärischen Bewaffnung, ihrer Kasernierung und ihrem Mißbrauch als Söldner unter amerikanischem Befehl gegen das eigene Volk und gegen fremde Völker über.

Auf derselben Ebene wie diese direkten Kriegsvorbereitungen liegen die Pläne, die mit der sogenannten Europäischen Montan-Union verfolgt werden. Nachdem sich das amerikanische Monopolkapital entscheidenden Einfluß auf die Industrie des Ruhrgebietes gesichert hat, versucht es nun den deutschen Bergbau und die deutsche Stahlindustrie in den Dienst seiner europäischen Kriegspolitik zu stellen. Schon heute muß das Ruhrgebiet in erhöhtem Maße auf amerikanische Rechnung Kohle und Stahl, Walzwerks- und sonstige Halbfabrikate ins Ausland liefern, während die Anforderungen der deutschen Friedenswirtschaft unberücksichtigt bleiben.

Die Kriegsvorbereitungen und die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen konnten nicht ohne Folgen für die schaffende Bevölkerung bleiben. Es ist nicht nur auf die Kriegspanik zurückzuführen, die die Kriegshetze unter der westdeutschen Bevölkerung erzeugt, daß bei einigen Lebensmitteln in Westdeutschland bereits wieder Mangel auftrat. In manchen Gebieten war zeitweilig Zucker nur noch auf dem schwarzen Markt zu weit überhöhten Preisen zu haben. Ebenso war Speiseöl wochenlang im Einzelhandel kaum noch erhältlich. Diese Störungen in der Lebensmittelversorgung der westdeutschen Bevölkerung sind ausgesprochene Folgen der anglo-amerikanischen Kriegswirtschaft.

Dazu gehört auch die rapide Verteuerung wichtigster Lebensmittel. Nach Angaben des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben sich die Lebensmittelpreise in Westdeutschland in den letzten vier Monaten folgendermaßen erhöht: bei Roggenbrot um 22,2 Prozent, bei Mischbrot um 10,4 Prozent, bei Mehl um 17,3 Prozent, bei Rindfleisch um 12,5 Prozent, bei Schweinefleisch

und Speck um 22,2 bis 22,6 Prozent. Selbst ein so ausgesprochener Knecht des anglo-amerikanischen Imperialismus wie Dr. Schumacher sah sich unlängst gezwungen, festzustellen: Der Fleischkonsum der Bundesrepublik habe zwar erst 56 Prozent des Verbrauches von 1936 erreicht, und dabei liege dieser Konsum ausschließlich bei den 28 Millionen der westdeutschen Bevölkerung, die über größere Einkünfte verfügten, während der Fleischkonsum der 20 Millionen Armen wenig ins Gewicht falle und zudem noch rückläufig sei.

Diese 20 Millionen Armen, das sind die Erwerbslosen, die Rentenempfänger und die niedrig entlohten Arbeiter samt ihren Familien, die wieder, wie in den Jahren der großen Krise, bei vollen Schaufenstern auf wichtigste Lebensmittel verzichten müssen.

Infolge der amerikanischen Kriegswirtschaft sind die Weltmarktpreise für wichtige Rohstoffe der Bedarfsgüterindustrie in die Höhe geschraubt worden. Schon zeigt sich ein Ansteigen der Preise für Textilien und anderen Massenbedarf, was zu einer weiteren beträchtlichen Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen führen wird.

Die von den amerikanischen Herren in Westdeutschland diktierte Wirtschaftspolitik trifft jedoch nicht nur die Arbeiterklasse; sie ruiniert auch das Handwerk und einen großen Teil der westdeutschen Fertigwarenindustrie. Nicht weniger als 190 000 Handwerksbetriebe sind bereits in den Bankrott getrieben worden. Die Bauernschaft wird durch die Schmutzkonkurrenz der amerikanischen Zwangseinfuhren ruiniert.

Besonders schwer ist die Lage der westdeutschen Intelligenz. Zehntausende von Ärzten, Technikern und Ingenieuren, Künstlern und Wissenschaftlern finden keine Beschäftigung, erhalten keine Möglichkeit, ihr Wissen und Können zum Wohle unseres Volkes zu entfalten. Der nationale Notstand, in den die anglo-amerikanische Spaltungs- und Kriegspolitik die westdeutsche Bevölkerung gestürzt hat, wird auf allen Gebieten immer deutlicher und drückender. Die werktätigen Menschen müssen die Kriegs- und Kolonialpolitik schon heute mit Erwerbslosigkeit, mit Lohndruck und Steuerraub und ständiger Verschlechterung ihrer Lebenshaltung bezahlen.

Die deutsche Jugend, die zu Hunderttausenden arbeitslos und ohne Aussicht ist, jemals einen Beruf zu finden, soll Blut und Leben als Söldner und Wachhund für die amerikanischen Kapitalinvestitionen opfern. Ganz Deutschland aber steht vor der Gefahr, zum Kriegsschauplatz gemacht zu werden. Die fürchterlichen Folgen, die sich daraus ergeben, hat jeder Deutsche nur noch allzu gut in Erinnerung, ja, er hat sie in den Ruinen noch täglich vor Augen.

III. DER NATIONALE WIDERSTAND UND DER KAMPF UM NATIONALE EINHEIT, GESAMTDEUTSCHEN FRIEDENSVERTRAG UND ABZUG DER BESATZUNGSTRUPPEN

Ich habe versucht, kurz die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen zu skizzieren, die den zunehmenden nationalen Widerstand in Westdeutschland verursachen. Das Ansteigen des nationalen Widerstandes ist das Hauptkennzeichen der gegenwärtigen Lage in Westdeutschland. Von der unklaren, dumpfen Unzufriedenheit der einen bis zum zielklaren politischen Kampf der anderen drückt sich dieser nationale Widerstand in den vielfältigsten Formen und verschiedenartigsten Strömungen aus. Dieser Widerstand ist häufig noch unbewußt, bestimmt nur von den Augenblicksinteressen dieser oder jener Bevölkerungsgruppe. Unsere Aufgabe besteht gerade darin, das nationale Bewußtsein zu entwickeln, den breitesten Kreisen bewußt zu machen, wie unlösbar ihre eigenen, unmittelbaren Lebensinteressen mit dem nationalen Kampf des deutschen Volkes um Frieden, Einheit und Unabhängigkeit verbunden sind.

Die Lasten der Kriegs- und Kolonialpolitik haben zu einem starken Ansteigen des Kampfwillens der Arbeiter geführt. Die Unzufriedenheit und der Kampfwille unter der Industriearbeiterschaft sind so stark, daß sich die rechten SPD- und Gewerkschaftsführer zu verschiedenen Manövern sozialer Demagogie gezwungen sahen und sogar von der Anwendung gewerkschaftlicher Kampfmittel zu reden beginnen. Ohne sich von diesen sozialdemagogischen Manövern beirren zu lassen, muß jeder nationalbewußte Deutsche die Arbeiterschaft in ihrem Kampf

unterstützen. Streikkämpfe der Arbeiterschaft um die Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung sind heute ein entscheidender Teil des nationalen Kampfes gegen die anglo-amerikanische Kriegs- und Kolonialpolitik. Sie müssen die aktive Unterstützung der Nationalen Front des demokratischen Deutschland finden.

In diesem Zusammenhang muß man auch die zahlreichen Dienstverweigerungen werten, zu denen es in der Industriepolizei und den sogenannten Arbeitsgruppen gekommen ist. Nicht wenige sind in diese Formationen nur gegangen, um einen Verdienst zu finden. Um so höher muß man es diesen Männern anrechnen, daß sie lieber erwerbslos wurden, als sich militärisch bewaffnen und kasernieren zu lassen. Zeugt das nicht auch von dem erwachenden nationalen Bewußtsein, wenn westdeutsche Polizisten es ablehnen, Friedenskämpfer zu prügeln und zu verhaften? Ist das steigende Mißtrauen, das die anglo-amerikanischen Okkupanten der westdeutschen Polizei entgegenbringen, nicht auch ein Beweis dafür, daß das nationale Bewußtsein selbst in Kreisen erwacht, deren sie und ihre deutschen Marionetten sich noch vor gar nicht allzulanger Zeit durchaus sicher glaubten?

Ich denke, gerade diese Zeichen sollten die Adenauer und Blücher, die Kaiser und Reuter zur Vorsicht mahnen. Ihre Macht ist sehr vergänglicher Natur, und sie können eher, als sie ahnen, vor der Notwendigkeit stehen, sich vor einem Gericht des deutschen Volkes verantworten zu müssen. Daran sollten sie denken, wenn sie so angesehene Wissenschaftler wie Professor Havemann oder so große Künstler wie Gustav von Wangenheim und andere Geistesschaffende von ihren willfährigen Schergen prügeln und verhaften lassen. Daran sollten sie auch denken, wenn sie so untadlige Führer der deutschen Arbeiterbewegung wie Max Reimann vor ihre käuflichen Richter schleppen wollen, wenn sie Zeitungen verbieten und Friedenskundgebungen unterdrücken. So hat es bei Papen und Hitler auch angefangen — und wie es endete, wissen Sie selbst.

Nach Zeitungsmeldungen wollte sich das Kabinett von Nordrhein-Westfalen in einer Sondersitzung mit dem Friedenskampf der Freien Deutschen Jugend befassen. Wir verstehen den Kummer der Düsseldorfer Quislinge. Die Aktivität, der Elan

und die Opferbereitschaft der Jugend im Kampf um Einheit und Frieden gehören in der Tat zu den schönsten Zeichen des anwachsenden nationalen Widerstandes. Das gilt für Westberlin ebenso wie für Westdeutschland.

Die Bauerntagungen in Eisenach und Frankfurt haben gezeigt, daß auch die Zahl der Bauern rapid zunimmt, die erkennen, daß die volksfeindliche Politik der Bonner Marionettenregierung und die anglo-amerikanische Kriegspolitik nicht nur ihre Existenz bedroht, sondern den nationalen Untergang unseres Volkes herbeiführen muß.

Die Beherrschung der deutschen Ein- und Ausfuhr durch amerikanische Beauftragte, die ständige Sabotage des Interzonenhandels, die Sperre der Ausfuhr nach den Ländern der Volkdemokratie, der Sowjetunion und China läßt zudem auch immer weitere Kreise des deutschen Unternehmertums erkennen, daß der Kampf um ihre eigene Existenz auf das engste verknüpft ist mit dem Kampf um die Wiederherstellung der deutschen Einheit und die Wiedergewinnung der nationalen Souveränität des deutschen Volkes.

Ähnliche Gedanken bewegen auch weite Kreise der deutschen Intelligenz. Sie sind empört über den Mißbrauch der deutschen Wissenschaft und Forschung für die anglo-amerikanische Kriegspolitik und über den Raub der Ergebnisse deutschen Denkens und Forschens für die anglo-amerikanische Konkurrenz. Sie sind angewidert von der Kulturbarbarei, von der systematischen Schändung und Zerstörung deutschen Kulturgutes. Auch in den Kreisen der deutschen Intelligenz beginnt sich der nationale Widerstand zu regen.

Äußerungen nationaler Widerstandsregungen finden wir heute in vielen Schriften und Zeitschriften Westdeutschlands. Viele der Beispiele sind Ihnen aus der Presse bekannt. Ich möchte hier nur eine Schrift zitieren, die unter dem Titel „Die Grundlagen für den Frieden mit Deutschland“ vor kurzem in Wiesbaden erschien. Ihr Verfasser, Professor Dr. Ernst Wilhelm Meier, vertritt in Grundfragen der deutschen Nation Auffassungen, die im schroffen Gegensatz zur Politik des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner Bonner Marionetten stehen. Zur Frage der deutschen Einheit schreibt Professor Meier:

„Die Erst- und Mindestforderung einer deutschen Politik kann nur die Wiederherstellung der deutschen Einheit sein. Hier handelt es sich in der Tat um eines der primitivsten Rechte aus dem Grundsatz der Achtung der Menschenwürde.

Seine Mißachtung, selbst unter noch so geistvoll und menschenfreundlich erscheinenden Vorwänden, kann nicht der Sache der westlichen oder der östlichen Demokratie, kann nicht der Sache Europas, kann nicht dem Ziele der Behebung unserer Kulturkrise, kann nicht dem Frieden mit Deutschland, kann nicht dem Frieden der Welt, sie kann nur dem Chaos dienen.“

Dieser Gedanke, daß „die Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands der Kardinalverstoß gegen den Frieden mit Deutschland“ ist, kehrt im Buche mehrmals wieder. Es wird mit Recht verlangt, daß in Verhandlungen der Großmächte unter Beteiligung einer Vertretung des deutschen Volkes die Voraussetzungen für die Überwindung der Spaltung geschaffen werden sollen.

Zur Frage des Abzugs der Besatzungstruppen schreibt Professor Meier in seinem Buch:

„Außenpolitisch bedeutet sie (die Fortdauer der Besetzung) die Erhaltung eines Zustandes erhöhter, dauernder, unmittelbarer Kriegsgefahr, was nicht längerer Begründung bedarf.

Für Deutsche sollte, um es ganz kurz zu formulieren, der Wunsch nach Räumung eigentlich selbstverständlich sein. Wann hat es in der Geschichte je ein Volk gegeben, das Fortdauer einer Besetzung ersehnt hat? Wollen wir wirklich das erste Exemplar einer solchen Gattung abgeben?“

Nun, wir können Herrn Professor Meier und seine Gesinnungsfreunde nur bitten, diese Frage an Adenauer, Blücher und Schumacher zu richten, die nicht nur die Fortdauer der Besetzung ersehnen, sondern noch ihre Vermehrung und Verstärkung fordern. Adenauer und seinesgleichen gehören in der Tat zu dieser neuen Gattung, für die es noch keinen Namen gibt, die man aber vielleicht Besatzungskriechtiere nennen könnte. Diesen Besatzungskriechtieren muß es nach allem, was ich über ihre Versippung mit dem ausländischen und inländischen Monopolkapital ausgeführt habe, auch unfaßbar erscheinen, daß ein deutscher Professor schreibt:

„Die deutsche Einheit steht höher als Börsenkurse, steht höher als zeitgeborene materielle oder materialistische Berechnungen.“

auf Selbstverwaltung. Sie bekräftigt das Ruhrstatut und den Beitritt Westdeutschlands zum Europarat und soll seine Einbeziehung in den Atlantikkriegspakt ermöglichen. Insofern dient sie nicht einmal der Beendigung des Kriegszustandes, sondern der Einbeziehung Westdeutschlands in einen neuen Krieg.

Und weil es so ist, erkläre ich hier im Namen des Deutschen Nationalkongresses und damit für die überwältigende Mehrheit des ganzen deutschen Volkes, daß das deutsche Volk eine solche Diktaterklärung und die daraus abgeleiteten Verpflichtungen niemals und nirgends als rechtsverbindlich anerkennen wird. Das deutsche Volk vermag nur solche Verpflichtungen anzuerkennen und zu erfüllen, die es aus eigenem Willen in echten Friedensverhandlungen eingegangen ist und die es in einem Friedensvertrag durch die Unterschrift von Vertretern einer gesamtdeutschen demokratischen Republik besiegelt hat. Solche Verpflichtungen aber werden wir treu und gewissenhaft einhalten.

Gegenüber den Betrugsmanövern mit der sogenannten Beendigung des Kriegszustandes und den Schönheitsreparaturen an der Fassade des Besatzungsstatuts aber hält die Nationale Front des demokratischen Deutschland unbeirrbar fest an ihrer Grundforderung nach Abschluß eines gerechten Friedensvertrages mit Deutschland. Er erfordert die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands auf der Grundlage der Potsdamer Beschlüsse und die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

Dieser Kampf um die Einheit Deutschlands muß heute geführt werden als

Kampf gegen das Besatzungsstatut,

das den Hohen Kommissaren die tatsächliche Herrschaft über Westdeutschland gibt. Der Kampf um die Einheit Deutschlands muß geführt werden als

Kampf gegen das Ruhrstatut und den Schumanplan,

die dem amerikanischen Monopolkapital die gesamte westdeutsche Wirtschaft ausliefern. Der Kampf um die Einheit Deutschlands muß geführt werden als

Kampf gegen die Losreißung des Saargebiets,

die weder in dem Abkommen von Jalta noch in dem von Potsdam auch nur die geringste rechtliche Stütze hat. Der nationale Widerstand muß so entfaltet werden, daß Besatzungs- und Ruhrstatut, Sicherheitsbehörde und Militarisierung nicht mehr wirksam werden können, daß sie in der Tat durch den nationalen Willen unseres Volkes aufgehoben werden. Dann wird auch die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands zur Tatsache, dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, da die anglo-amerikanischen Okkupanten sich gezwungen sehen, dem deutschen Volke einen Friedensvertrag zu gewähren und ihre Besatzungstruppen aus Deutschland abzuziehen.

Ein gerechter Friedensvertrag muß die nationale Unabhängigkeit des deutschen Volkes in seinem politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben gewährleisten. Demzufolge müssen in kürzester Frist nach Unterzeichnung des Friedensvertrages alle Besatzungstruppen aus Deutschland abziehen. Er muß der Produktion für alle friedlichen Zwecke aus eigener Kraft durch Arbeiter, Techniker, Bauern, Handwerker und Unternehmer freie Entwicklungsmöglichkeiten geben. Er muß Deutschland wieder einen freien Außenhandel und den deutschen Waren den freien Zugang zum Weltmarkt geben. Er muß die Wiederaufnahme normaler internationaler Beziehungen zu allen friedliebenden Völkern der Welt ermöglichen.

Während wir für das deutsche Volk diese Rechte verlangen, anerkennen wir aber zugleich auch die Pflichten des deutschen Volkes. Die Pflicht zur Wiedergutmachung ist eine heilige Pflicht, die uns eine gewissenhafte Erfüllung der Reparationsverpflichtungen auferlegt. Die Entmilitarisierung und Demokratisierung des staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens gehört zu den Pflichten, die dem deutschen Volke selbst am meisten dienen. Für die Bestrafung aller Kriegsverbrecher und Verbrecher gegen die Menschlichkeit gilt das gleiche.

Diese von uns vertretenen Grundsätze für einen gerechten Friedensvertrag sind von den Regierungen der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder bereits anerkannt. Sie finden ebenso die Unterstützung der friedliebenden Volksmassen aller Länder, darunter auch Frankreichs, Englands und Amerikas. Sie